

Substanzielles Protokoll 124. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Donnerstag, 12. Dezember 2024, 17.00 Uhr bis 19.28 Uhr, im Rathaus Hard
in Zürich-Aussersihl

Vorsitz: Präsident Guy Krayenbühl (GLP)

Beschlussprotokoll: Sekretariat Heidi Egger (SP)

Substanzielles Protokoll: Noemi Lea Landolt

Anwesend: 119 Mitglieder

Abwesend: Sanija Ameti (GLP), Snezana Blickenstorfer (GLP), Roger Föhn (EVP), Stefan Reusser (EVP), Dr. Emanuel Tschannen (FDP), 1 Sitz vakant

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

- | | | | |
|-----|------------|--|-----|
| 1. | | Mitteilungen | |
| 4. | 2024/421 | Weisung vom 11.09.2024:
Finanzverwaltung, Budgetvorlage 2025 (Detailbudgets und
Globalbudgets), Kapitalaufnahmen 2025 | STR |
| 6. | 2024/540 E | Postulat von Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Dr. Tamara
Bosshardt (SP) und Sophie Blaser (AL) vom 27.11.2024:
Einrichtung pädagogischer Strukturen an den Volksschulen zur
Stärkung der inklusiven Schule | VSS |
| 12. | 2024/558 | Postulat von Yasmine Bourgeois (FDP), Përparim Avdili (FDP)
und Isabel Garcia (FDP) vom 04.12.2024:
Verwendung der Hälfte der Ressourcen für die Settings der
Integrierten Sonderschulung (ISR) und die externe Sonder-
schulung für die Bildung von Förderklassen | - |

Mitteilungen

Die Mitteilungen des Ratspräsidenten werden zur Kenntnis genommen.

Geschäfte

4074. 2024/421

Weisung vom 11.09.2024:

Finanzverwaltung, Budgetvorlage 2025 (Detailbudgets und Globalbudgets), Kapitalaufnahmen 2025

Die Budgetberatung wird fortgesetzt (vergleiche Sitzung Nr. 123, Beschluss-Nr. 4074/2024).

Beschlüsse:

DEPARTEMENT DER INDUSTRIELLEN BETRIEBE

Antrag 071.

Kommissionsmehrheit/-minderheiten:

Dr. Florian Blättler (SP): *Wie bereits gestern in meinem Votum zum Finanz- und Aufgabenplan (FAP) erwähnt, müssen wir den Ausbau elektrischer Energieproduktion in der Stadt forcieren. Laut meiner Erfahrung sind die Mitarbeitenden des Elektrizitätswerks (ewz) motiviert, dies möglichst effizient umzusetzen. Mit der Steuerungsvorgabe bestimmen wir das Ziel für das nächste Jahr. Es gibt gute und schlechte Zielvorgaben. Eine gute erfüllt zwei Dinge: Das Ziel darf nicht zu einfach und muss erreichbar sein. Einfache Ziele führen zu Langeweile und Müsiggang, nicht erreichbare Ziele zu Frustration und Rückzug. Die SP und die Mehrheit des Gemeinderats erhöhten die Steuerungsvorgabe jährlich um 40 Prozent. Das stellte sich als herausforderndes, aber im Normalfall erreichbares Ziel für die ewz-Mitarbeitenden heraus. Da sich die Rahmenbedingungen im letzten Jahr nicht signifikant verbessert haben, halten wir an diesem Steigerungstempo fest. Die Mehrheit beantragt eine Steuerungsvorgabe von 7000 kWp.*

Sibylle Kauer (Grüne): *Bei der Photovoltaik (PV) hat das ewz im Budget 2025 eine Steuerungsgrösse für den Zubau des in Zürich produzierten Solarstroms. Der Stadtrat schlägt für das Jahr 2025 einen Zubau von 5000 kWp vor. Es zeigt sich in den letzten Jahren zwar eine Steigerung von 3000 auf 5000 kWp, das ist aber immer noch viel zu wenig. Wir beantragen deshalb einen Zubau auf 10 000 kWp. Wir forderten bereits im Jahr 2019 zusammen mit SP, GLP und EVP in einer Motion, dass bis im Jahr 2030 mindestens 10 Prozent des Strombedarfs der Stadt mit Solarstrom aus Zürich produziert werden soll. Bei einem Verbrauch von aktuell 2500 GWh wären das 250 GWh Solarstrom. Die Photovoltaik-Strategie des Stadtrats setzte sich bis im Jahr 2030 nur ein Ziel von 120 GWh. Das finden die Grünen in Anbetracht der aktuellen Energie- und Klimasituation zu wenig ambitioniert. Die Stadt Zürich sollte bei diesem Thema vorne dabei sein. Sie hat eine Bevölkerung, die Photovoltaik befürwortet und verfügt über die Mittel,*

die PV-Stromproduktion zu fördern. Aktuell befindet sich die Stadt bei weitem nicht auf diesem Weg. Auf nationaler Ebene überschritt die Stromproduktion aus Photovoltaik im Jahr 2024 den 10-Prozent-Anteil. In Zürich sollten wir das auch schaffen. Aktuell produziert Zürich ungefähr 40 GWh Solarstrom. Mit einem Zubau von 5000 kWp erreichen wir bis im Jahr 2030 nicht einmal das Strategieziel des Stadtrats von 120 GWh. Mit 10 GWh mehr pro Jahr, was einem Zubau von 10 000 kWp pro Jahr entspricht, erreichen wir knapp 100 GWh bis im Jahr 2030. Dass die SP, GLP und EVP sich jetzt mit 7000 kWp zufriedengeben, finden wir enttäuschend. Um das 10-Prozent-Ziel zu erreichen, brauchen wir mehr. Natürlich brauchen wir nicht nur eine Steuerungsgrösse, sondern auch Fördermassnahmen für Private und viel mehr konkrete PV-Bauprojekte unter anderem auch vom ewz. Ein Zubau von 10 000 kWp ist weniger als das Minimum.

Johann Widmer (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion folgenden Antrag zum Budget: Der Stadtrat reichte in der Produktegruppe 1 das für die 5000 kWp nötige Budget ein. Ihr eröffnet nun den Basar mit 7000, 5000 und 10 000 kWp. Die Minderheit hatte vor, mit dem Stadtrat zu stimmen, weil die 5000 kWp das abbilden, was mit der Beschaffung der verfügbaren Ressourcen möglich ist. Eine Verdopplung aus dem Bauch heraus und unter dem Druck, dass man 0,00003 Prozent der weltweiten CO₂-Menge in der Stadt erreichen will, ist für den Stadtrat nicht sinnvoll. Man sollte schauen, wie verfügbar das Material ist. Aber wenn der Basar schon eröffnet ist, fordert die SVP ganz klar 50 000 kWp. Das ist ein offizieller Antrag. Lesen Sie mein Buch «Grüne Träume», dann sehen Sie, dass Sie nirgends hinkommen und Ihre Ziele nicht erreichen. Wir fordern 50 000 kWp, damit wir endlich vorwärtskommen und Netto-Null schneller erreichen.

Weitere Wortmeldung:

Beat Oberholzer (GLP): Die GLP stimmt mit der Mehrheit für die 7000 kWp. Ein Ziel sollte erreichbar sein. Es ist nur ungefähr ein Fünftel, der vom ewz bereitgestellt wird. Uns ist es nicht so wichtig, ob es vom ewz oder von anderen bereitgestellt wird. Hauptsache, es geht vorwärts. Wir sehen aber auch, dass die jetzigen Ausbauschnitte zu klein sind. Deshalb kann die Zahl etwas erhöht werden. Wenn man die 30 000 kWp, die das Ziel sein müssten, durch fünf teilt, kommt man auf 6000 kWp. Ein bisschen höher und wir sind bei der Zahl von Dr. Florian Blättler (SP). Dabei handelt es sich um eine gute Motivationsspritze für das ewz, um seinen Beitrag zu leisten. 50 000 kWp ist zu viel.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe Stellung.

STR Michael Baumer: Die 5000 kWp, die der Stadtrat beantragte, basieren auf der Realität, den aktuellen Rahmenbedingungen und den absehbaren Projekten, die das ewz am Laufen hat. Man kann die Steuerungsvorgabe natürlich erhöhen. Man muss aber beachten, dass die Stadt nicht alles beeinflussen kann. Ich möchte Sibylle Kauer (Grüne) darauf hinweisen, dass die Steuerungsvorgabe «Zubau PV durch ewz» heisst. 75 Prozent des Zubaus in der Stadt kommen von privaten Eigentümerinnen und Eigentümern. Dort ist das ewz im Markt. Das heisst, die Eigentümerinnen und Eigentümer müssen es nicht mit dem ewz realisieren, sondern können auch einen anderen Anbieter nehmen. Ausserdem entscheiden die Eigentümerinnen und Eigentümer selbst, ob sie PV bauen wollen oder nicht. Bund, Kanton und Stadt setzen mit dem Energiegesetz und Fördermassnahmen die Rahmenbedingungen, damit die PV-Anlagen gebaut werden und wirtschaftlich sind. Die Hürden sind also definitiv nicht finanzieller Natur. Es gibt aber durchaus technische Hemmnisse, wie beispielsweise die Dachtraglast oder Asbestsanierungen. Auch das Inventar der schützenswerten Ortsbilder der Schweiz (ISOS) ist eine Herausforderung, weil Bauherrinnen und Bauherren eine Baubewilligung einholen müssen

und das Meldeverfahren nicht mehr zum Zug kommen kann. Bei den städtischen Liegenschaften sind wir auf Kurs. Es gibt Mittel, um den PV-Ausbau zu erhöhen. Im Moment läuft beispielsweise die Vernehmlassung zum Energiegesetz, das gewisse Pflichten für Ausbauten im Bestand einführen will. Zudem steht die Vereinfachung der Baubewilligungsverfahren für PV-Projekte in allen Bauzonen im Raum sowie der Vorschlag, dass man sich bei der Güterabwägung zwischen PV, Denkmalschutz und Dachbegrünung für PV entscheidet. Ich bin von Amts wegen Verwaltungsratspräsident der Energie 360° AG. Dort wollten wir bei der Sanierung des Gebäudes Fassaden-PV einbauen. Wir mussten zweimal einen Brandtest durchführen, was mehrere 100 000 Franken kostete. Die Energie 360° AG hat das getan, aber das macht natürlich nicht jeder Private. Damit will ich zeigen: Es gibt wirklich Hemmnisse. Ich nehme die Erhöhung dieser Zahl auf 7000 kWp gerne mit. Aber nicht als Motivationsspritze für das ewz. Die Mitarbeitenden sind motiviert, aber vielleicht müssen wir ein paar andere auch noch motivieren.

S. 150	45 4530 PG 1	DEPARTEMENT DER INDUSTRIELLEN BETRIEBE Elektrizitätswerk der Stadt Zürich Energieproduktion, -beschaffung und -verkauf (Markt) D Steuerungsvorgaben		
071.	Antrag Stadtrat		Minderheit 1	Stimmen Johann Widmer (SVP) Referat
		Die Mehrheit der RPK beantragt, die Steuerungsvorgabe «U Zubau von Photovoltaikanlagen innerhalb der Stadt Zürich durch ewz in kWp» von 5000 auf 7000 anzupassen.	Mehrheit	Dr. Florian Blättler (SP) Referat, Präsidium Sven Sobernheim (GLP), Vizepräsident Martin Bürki (FDP), Pärparim Avdili (FDP), Markus Haselbach (Die Mitte), Leah Heuri (SP), Tanja Maag (AL), Florian Utz (SP), Barbara Wiesmann (SP)
		Die Minderheit 2 der RPK beantragt, die Steuerungsvorgabe «U Zubau von Photovoltaikanlagen innerhalb der Stadt Zürich durch ewz in kWp» von 5000 auf 10 000 anzupassen.	Minderheit 2	Felix Moser (Grüne) Referat
		Begründung: Mehrheit und Minderheit 2: Der Zubau von Photovoltaikanlagen soll forciert werden, als wichtiger Beitrag zum Energieumbau.		

Johann Widmer (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion folgenden Antrag zum Budget:

S. 150	45 4530 PG 1	DEPARTEMENT DER INDUSTRIELLEN BETRIEBE Elektrizitätswerk der Stadt Zürich Energieproduktion, -beschaffung und -verkauf (Markt) D Steuerungsvorgaben		
071a.	Antrag Stadtrat			Antrag von
		Johann Widmer (SVP) beantragt, die Steuerungsvorgabe «U Zubau von Photovoltaikanlagen innerhalb der Stadt Zürich durch ewz in kWp» von 5000 auf 50 000 anzupassen.		Johann Widmer (SVP)

Abstimmung gemäss Art. 209 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat / Minderheit 1	(5000 kWp)	0 Stimmen
Antrag Mehrheit	(7000 kWp)	86 Stimmen
Antrag Minderheit 2	(10 000 kWp)	18 Stimmen
Antrag Johann Widmer (SVP)	(50 000 kWp)	<u>11 Stimmen</u>

Total	115 Stimmen
= absolutes Mehr	58 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt.

Gemeinsame Behandlung der Anträge 072. bis 074.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Sven Sobernheim (GLP): Wir begrüßten die Zentralisierung der thermischen Netze im ewz und stimmten zu. Mit dieser Zusammenführung entsteht beim ewz jedoch ein Gemischtwarenladen im Umfang von 3 Milliarden Franken mit Bereichen, die sich nicht gegenseitig subventionieren oder querfinanzieren dürfen. Wir haben Telecom, Stromproduktion, Stromverteilung, öffentliche Beleuchtung und die thermischen Netze mit Gebietsauftrag in Zürich und im freien Markt. Deshalb ist es aus Sicht einer Mehrheit wichtig und richtig, dass wir den Anlagendeckungsgrad nach den einzelnen Sparten kennen. So können wir entscheiden, ob wir in einem Bereich Reserven angehäuft oder finanzielle Risiken haben, die wir allenfalls ausgleichen wollen. Der Stadtrat hat uns überzeugt, dass wir das nicht als Steuerungsgrösse brauchen, sondern nur als Kennzahl. Als Kennzahl haben wir es aber nur über das gesamte ewz, das genügt der Mehrheit nicht.

Markus Haselbach (Die Mitte): Die Minderheit der Rechnungsprüfungskommission (RPK) ist der Meinung, dass die Angabe des Anlagendeckungsgrads pro Produktgruppe nicht sinnvoll oder gar nicht möglich ist. In einer Spartenrechnung wird immer nur die Erfolgsrechnung auf die Sparten aufgeteilt. Die Beurteilung und Steuerung der Finanzierung ist nur über ein Gesamtunternehmen sinnvoll und möglich. Um eine verursachergerechte Kapitalkostenzuteilung abzubilden, wird das Anlagevermögen in der Spartenrechnung intern verzinst. Zudem erfolgt die Gewinnablieferung aufgrund des Gesamtergebnisses und der Gesamtbilanz des ewz. Falls der Gemeinderat dies verlangt, würde das ewz das Eigenkapital irgendwie auf die Sparten aufteilen. Aber das wäre willkürlich und würde keinen Mehrwert bringen. Deshalb lehnt die Minderheit die drei zusätzlichen Kennzahlen für Produktgruppen des ewz ab.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe Stellung.

STR Michael Baumer: Markus Haselbach (Die Mitte) hat es sehr gut dargelegt. Der Anlagendeckungsgrad zeigt auf, welcher Anteil des bilanzierten Anlagevermögens durch Eigenkapital gedeckt ist. Damit sind die Anträge nicht umsetzbar. Das Eigenkapital im ewz ist nicht auf die einzelnen Sparten aufgeteilt, weil das ewz ein integriertes Energieunternehmen ist, das sehr gut und stabil finanziert ist. Es betreibt eine vorausschauende Investitionspolitik. Selbstverständlich sind alle Angaben zu Risiken oder Bilanzierungen vorhanden. Jede Anlage ist bilanziert und wird beschrieben. Aber die Gewinne, die sich über Jahrzehnte kumuliert haben, werden nicht den einzelnen Sparten zugewiesen. Das ergibt keinen Sinn. Was nicht passieren darf, ist die Quersubventionierung. Um das zu verhindern, wird das einer Sparte zugewiesene Kapital für den Anlagenbau verzinst. Solange das Kapital verzinst wird, ist eine Quersubventionierung nicht möglich. Deshalb ist dieser Punkt erfüllt. Würden wir das Eigenkapital auf die einzelnen Sparten zuweisen, wäre dies willkürlich. Die Angaben gibt es nicht. Beim Artikel 2 ist das über Jahrzehnte gewachsen. Dort könnte man gar nicht nachschauen, was der angemessene Anteil

wäre. Bei der Telecom führten wir ein Impairment durch. Dieser Anlagendeckungsgrad wäre also negativ. Ich weiss nicht, was Ihnen diese Zahl bringen würde. Sie zeigt das tatsächliche Risiko nicht auf. Bei den thermischen Netzen mit Gebietsauftrag, die neu eingeführt werden, wäre es möglich, am 1. Januar 2025 den Nullpunkt zu setzen und die Zuweisung zu machen. Es ist allerdings nur eine rechnerische Zuweisung und Annäherung. Wir werden nicht das Eigenkapital aufsplitten. Sonst müssten sie das ewz als Ganzes aufsplitten, was keinen Sinn ergibt. Bei diesem Hauptpunkt würden wir wohl einen Kompromiss finden. Aber bei den anderen beiden ist es nicht umsetzbar.

S. 158	45 4530 PG 2	DEPARTEMENT DER INDUSTRIELLEN BETRIEBE Elektrizitätswerk der Stadt Zürich Netzbetrieb H Zusätzliche Kennzahlen zu den einzelnen Produkten		
072.	Antrag Stadtrat		Minderheit	Stimmen Markus Haselbach (Die Mitte) Referat, Vizepräsidium Martin Bürki (FDP), Pärparim Avdili (FDP)
		Die Mehrheit der RPK beantragt, eine neue Kennzahl «2.0 Anlagendeckungsgrad, Anlagendeckungsgrad in %» auszuweisen.	Mehrheit	Präsidium Sven Sobernheim (GLP) Referat, Dr. Florian Blättler (SP), Leah Heuri (SP), Tanja Maag (AL), Felix Moser (Grüne), Florian Utz (SP), Johann Widmer (SVP), Barbara Wiesmann (SP)
		Begründung:		ewz hat verschiedenste Bereiche, die sich nicht quersubventionieren dürfen. Um sicherzustellen, dass bei allen Bereichen genügend, aber auch nicht zu viele Reserven vorhanden sind, ist jeweils ein gesonderter Anlagendeckungsgrad auszuweisen.

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 87 gegen 29 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 073.

Wortmeldungen siehe Antrag 072.

S. 168	45 4530 PG 4	DEPARTEMENT DER INDUSTRIELLEN BETRIEBE Elektrizitätswerk der Stadt Zürich Thermische Netze mit Gebietsauftrag Zürich H Zusätzliche Kennzahlen zu den einzelnen Produkten		
073.	Antrag Stadtrat		Minderheit	Stimmen Markus Haselbach (Die Mitte) Referat, Vizepräsidium Martin Bürki (FDP), Pärparim Avdili (FDP)
		Die Mehrheit der RPK beantragt, eine neue Kennzahl «4.0 Anlagendeckungsgrad, Anlagendeckungsgrad in %» auszuweisen.	Mehrheit	Präsidium Sven Sobernheim (GLP) Referat, Dr. Florian Blättler (SP), Leah Heuri (SP), Tanja Maag (AL), Felix Moser (Grüne), Florian Utz (SP), Johann Widmer (SVP), Barbara Wiesmann (SP)
		Begründung:		ewz hat verschiedenste Bereiche, die sich nicht quersubventionieren dürfen. Um sicherzustellen, dass bei allen Bereichen genügend, aber auch nicht zu viele Reserven vorhanden sind, ist jeweils ein gesonderter Anlagendeckungsgrad auszuweisen.

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 89 gegen 28 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 074.

Wortmeldungen siehe Antrag 072.

S. 177	45 4530 PG 6	DEPARTEMENT DER INDUSTRIELLEN BETRIEBE Elektrizitätswerk der Stadt Zürich Telecom H Zusätzliche Kennzahlen zu den einzelnen Produkten		
074.	Antrag Stadtrat		Minderheit	Stimmen Markus Haselbach (Die Mitte) Referat, Vizepräsidium Martin Bürki (FDP), Përparim Avdili (FDP)
		Die Mehrheit der RPK beantragt, eine neue Kennzahl «6.0 Anlagendeckungsgrad, Anlagendeckungsgrad in %» auszuweisen.	Mehrheit	Präsidium Sven Sobernheim (GLP) Referat, Dr. Florian Blättler (SP), Leah Heuri (SP), Tanja Maag (AL), Felix Moser (Grüne), Florian Utz (SP), Johann Widmer (SVP), Barbara Wiesmann (SP)
		Begründung:		ewz hat verschiedenste Bereiche, die sich nicht quersubventionieren dürfen. Um sicherzustellen, dass bei allen Bereichen genügend, aber auch nicht zu viele Reserven vorhanden sind, ist jeweils ein gesonderter Anlagendeckungsgrad auszuweisen.

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 89 gegen 28 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Gemeinsame Behandlung der Anträge 075. und 076.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Dr. Florian Blättler (SP): *Im Jahr 2024 gab es eine Ausdünnung des Fahrplans der Verkehrsbetriebe (VBZ). Der Grund war ein Mangel an Fahrpersonal. Die Ausdünnung führte dazu, dass die VBZ weniger Geld vom Zürcher Verkehrsverbund (ZVV) erhielten. Als Reaktion darauf wurden in einer Hauruck-Übung Sparmassnahmen eingeführt. Das ging so schnell, dass die Sachkommission zwar noch informiert wurde, aber die RPK, die fürs Budget verantwortlich ist, musste es durch die Presse erfahren. Es ist korrekt, dass die RPK im Rahmen der Budgetberatung 2024 darauf hingewiesen wurde, dass es eventuell Engpässe geben könnte. Dass aber Sparmassnahmen für das Jahr 2024 angedacht waren und diese das Personal betreffen, wurde mit keinem Wort erwähnt. Ein Grossteil der Sparmassnahmen traf das Personal. Auch wenn es nichts zu diesen Problemen beigetragen hat. Wenn Überstunden abgebaut werden, ist das aus meiner Sicht zu begrüssen – auch wenn ich mich frage, wie das möglich ist, wenn Personalmangel herrscht. Wenn Weiterbildungen vermehrt intern geführt werden, ist das auch kein Problem, wenn sie gut gemacht werden. Wenn aber Prämien flächendeckend und Weiterbildungen teilweise gestrichen oder herausgezögert werden und wenn auf interne Beförderungen verzichtet wird, haben wir ein Problem. Jede erfolgreiche Personalwerbung verpufft, wenn man das Personal nicht halten kann und Mitarbeiter den Betrieb nach kurzer Zeit wieder verlassen. Zwei der wichtigsten Faktoren, um Mitarbeiter zu halten, sind*

Wertschätzung und berufliche Perspektive. Wenn individuelle Prämien gekürzt, Weiterbildungen und berufliche Entwicklungen auf die lange Bank geschoben werden, ist das Gift fürs Arbeitsklima. Man wundert sich nicht, wenn Mitarbeitende gehen. Der Grund für das Schlamassel war, dass man zu wenige Mitarbeitende hatte. Ein Teufelskreis, den wir durchbrechen müssen. Wir werden bald hören, wir könnten uns das nicht leisten, weil der ZVV nicht bereit sei, zu zahlen. Ich kann das nicht mehr hören. Der ZVV ist finanziell gesehen eine Fehlkonstruktion. Die Stadt hat knapp 30 Prozent der Bevölkerung des Kantons. Die Stadtbevölkerung und ihre Unternehmen bezahlen knapp 40 Prozent der kantonalen Steuern. Die Stadt Zürich betreibt mit den VBZ jenen ZVV-Partner mit dem höchsten Finanzierungsgrad durch die Kundschaft. Dieselbe Stadt Zürich darf dann dem ZVV noch mehr als die Hälfte der Kosten finanzieren. Allein diese Zahlen zeigen, wie dumm wir sind, da mitzumachen. Gleichzeitig ist es derselbe ZVV, der uns vorschreibt, unsere städtischen Mitarbeitenden nicht mit jenem Respekt zu behandeln, den sie verdienen. Dass derselbe ZVV bei Millionenfehlern auf der Führungsebene ohne mit der Wimper zu zucken bezahlt, ist noch einmal etwas ganz anderes. Ausserdem sind die VBZ beim Strom nicht mehr in der Grundversorgung. Das hat uns letztes Jahr rund ein Dutzend Millionen Franken gekostet. Gab es dazu eine Pressemitteilung? Es wurde einfach bezahlt, ohne dass etwas gesagt wurde. Aber wenn es um Mitarbeitende geht, die krank sind oder kündigen, liegt die Schuld bei den Mitarbeitenden. Ich verlange von einer Führung, dass sie sich vor ihre Mitarbeitenden stellt. Die Sparmassnahmen wurden im Jahr 2024 durchgesetzt. Mit den beiden Budgetanträgen fordern wir, dass die Sparmassnahmen, die das Personal betreffen – vor allem auf den tiefen Funktionsstufen bis und mit Fahrdienstpersonal – komplett aufgehoben werden. Mitarbeitende, die trotzdem geblieben sind, sollen für ihre Treue honoriert werden. Sollte der Betrag auf den falschen Konten oder ungenügend sein oder sollte es weitere Unterstützung durch das Parlament brauchen, darf STR Michael Baumer jederzeit an uns gelangen.

Sven Sobernheim (GLP): *Die VBZ-Angestellten erhalten Lunch-Checks. Das ist budgetiert. Vom Mobilitätsbeitrag sind sie ausgeschlossen, weil sie das FVP GA haben. Die dezentralen Fringe-Benefits erhalten sie aus den gleichen Gründen nicht. Es ist also unklar, welche Fringe-Benefits sie noch erhalten sollen. Auch bei den betrieblichen Gesundheitsmassnahmen wurde nicht gekürzt. Das Budget 2025 steht im üblichen Umfang zur Verfügung. Die Prämien für besondere Leistungen sind ebenfalls budgetiert. Das ist der einzige Punkt, an dem das Konstrukt ZVV zum Tragen kommt, das man durchaus kritisch sehen kann. Ich habe aber von den Mehrheitsparteien im Kantonsrat noch nie gehört, dass man das Konstrukt ZVV abschaffen möchte. Man war einzig dagegen, einen Kostendeckungsgrad von 60 Prozent in die Strategie zu schreiben. Das war die grösste Kritik von links am ZVV im Kantonsrat. Es ist für die Minderheit unklar, was im Budget fehlt. Das Einzige, das allenfalls fehlt, ist die Zusammenarbeit mit dem Kanton.*

Weitere Wortmeldung:

Dr. David Garcia Nuñez (AL): *Ich hätte schon Ideen, was man machen könnte. Wir reichten vor 1,5 Jahren unsere Motion zur 35-Stunden-Woche ein. Diese betrifft Leute, die im Schichtbetrieb arbeiten, was auf die VBZ ebenfalls zutrifft. Der Vorstand der Betriebe hat sich höflich von der Motion verabschiedet. Diese soll offenbar nur im Sozialdepartement umgesetzt werden. Die Leute, die gestern vor der Türe standen, wären sehr froh, wenn sie bei diesem Test mitmachen könnten.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe Stellung.

STR Michael Baumer: *Selbstverständlich bin auch ich der Meinung, dass das Fahrpersonal und alle Angestellten Wertschätzung und Möglichkeiten erhalten sollen. Vielleicht*

hat Dr. Florian Blättler (SP) die Medienmitteilung und unsere Erläuterungen oberflächlich gelesen. Eigentlich ist es nur eine verstärkte Kostenkontrolle, die die VBZ ausgehend davon ausgelöst hat, dass dieses Jahr ein Defizit von 11 bis 12 Millionen Franken resultieren wird; weil das Leistungsentgelt gekürzt wurde, weil weniger gefahren wurde. Dieses Defizit wird zulasten der Reserven gehen, die nicht unendlich sind. Deshalb wurde die Kostenkontrolle verstärkt. Es ist aber nicht so, dass alles gestrichen worden wäre. Bei der erwähnten Prämie handelt es sich um die Prämie für besondere Leistungen. Auch diese wurde nicht gestrichen, sondern nur reduziert. Sie wurde aber im ersten Dreivierteljahr noch ganz normal ausbezahlt. Ich bin auch nicht glücklich, dass man das tun musste. Aber es ist nicht so, dass man einfach beim Personal gespart hätte. Die meisten Sparpunkte kommen von anderswo. Man kann sich natürlich auf die Prämie stürzen. Aber es gäbe andere Sparaspekte, die nicht beim Lohn, aber für das Personal im Alltag fast dramatischer wären. Das möchten wir alle nicht. Wir sind froh, dass wir das Personal, das wir suchten, rekrutieren konnten, sodass wir ab Sonntag wieder den normalen Fahrplan fahren und das volle Leistungsentgelt erhalten können. Dr. Florian Blättler (SP) sagt, ich könne gern an den Gemeinderat gelangen. Das kann ich nicht. Es ist finanzrechtlich so, dass der Kanton die VBZ finanziert. Selbst wenn wir einen zusätzlichen Bus wegen Tempo 30 bestellen müssen, bestellen wir diesen beim ZVV und er bestellt ihn danach bei den VBZ. Wir dürfen das finanzrechtlich nicht direkt der VBZ überweisen. Das gilt auch für Pilotprojekte wie die 35-Stunden-Woche. Wir können dies nicht aus dem Steuerhaushalt finanzieren, weil es finanzrechtlich nicht möglich ist. Deshalb bleibt nichts anderes, als innerhalb des Kostenrahmens des ZVV zu versuchen, die Leistung zu erbringen. Immerhin sieht es nächstes Jahr wesentlich besser aus. Sven Sobernheim (GLP) hat recht, dass alle die vermissten Budgetposten für das nächste Jahr eingestellt sind. Sie waren auch für das Jahr 2024 eingestellt. Nur weil man einen Budgetposten erhöht, fliessen nicht Steuermittel in die VBZ. Das würde nur das Defizit erhöhen. Wir prüfen aktuell, ob jene Aufträge, die die Stadt zusätzlich bei den VBZ bestellt, als gemeinwirtschaftliche Leistungen über Steuermittel finanziert werden können.

S. 392	45 4540 3049 00 000	DEPARTEMENT DER INDUSTRIELLEN BETRIEBE Verkehrsbetriebe Übrige Zulagen	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
075.	Antrag Stadtrat				7 960 000	Minderheit Präsidium Sven Sobernheim (GLP) Referat, Vizepräsidium Martin Bürki (FDP), Pärparim Avdili (FDP), Johann Widmer (SVP)
				500 000	8 460 000	Mehrheit Dr. Florian Blättler (SP) Referat, Markus Haselbach (Die Mitte), Leah Heuri (SP), Tanja Maag (AL), Felix Moser (Grüne), Florian Utz (SP), Barbara Wiesmann (SP)
		Begründung:	Volle Ausschöpfung der städtischen Prämien, Fringe Benefits (ohne Mobilitätsbeitrag) und Mittel für BGM für alle Angestellten der Funktionsstufen 1 bis 8			

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 69 gegen 47 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 076.

Wortmeldungen siehe Antrag 075.

S. 392	45	DEPARTEMENT DER INDUSTRIELLEN BETRIEBE			
	4540	Verkehrsbetriebe			
	3099 00 000	Übriger Personalaufwand			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
076.	Antrag Stadtrat			9 049 000	Minderheit
			500 000	9 549 000	Mehrheit
		Begründung: Volle Ausschöpfung der städtischen Prämien, Fringe Benefits (ohne Mobilitätsbeitrag) und Mittel für BGM für alle Angestellten der Funktionsstufen 1 bis 8			
					Präsidium Sven Sobernheim (GLP) Referat, Vizepräsident Martin Bürki (FDP), Pärparim Avdili (FDP), Johann Widmer (SVP)
					Dr. Florian Blättler (SP) Referat, Markus Haselbach (Die Mitte), Leah Heuri (SP), Tanja Maag (AL), Felix Moser (Grüne), Florian Utz (SP), Barbara Wiesmann (SP)

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 69 gegen 47 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements Stellung.

STR Filippo Leutenegger: *Bei den Anträgen, die in den nächsten ein bis zwei Stunden behandelt werden, handelt es sich nur um Erhöhungsbeiträge des Budgets. Wir haben die Zürcher Schulpflege (ZSP), die ganz klar politisch links ausgerichtet ist. Wir haben die höchste Zuwachsrate an Personal und Mittel im Schulamt – nicht nur objektiv, sondern auch prozentual. Die ZSP sorgt für die Schulen. Sie können diese Entscheide selbst fällen. Es handelt sich um ein Gremium mit klarer Funktion. Ich sehe hier nur Erhöhungen. Das ist seit einigen Jahren mein Schicksal. Ich komme mit Anträgen, die bereits ziemlich austariert sind und gehe jedes Mal raus mit doppelt oder dreimal so vielen Stellen, die ich weder will noch brauche. Gleichzeitig ist es sinnlos, sie zu bekämpfen, obwohl ich schon viele Stellen besetzen will und muss. Meistens schaffen wir es nicht ganz. Aber solange wir in der Stadt Zürich so üppig viel Geld haben, wird das wohl mein Schicksal bleiben. Deshalb werde ich mich nicht zu jedem Antrag äussern.*

Antrag 077.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Julia Hofstetter (Grüne): *Lehrpersonen machen tagtäglich Gewaltprävention. Es ist Teil ihrer Arbeit. Es gibt aber Situationen, in denen es wichtig ist, dass sie externe Unterstützung erhalten. Deshalb muss die Fachstelle Gewaltprävention gestärkt werden. Es braucht eine zusätzliche Stelle, damit die Klassen an sich arbeiten können und lernen, Verantwortung für sich und ihr Verhalten zu übernehmen. Ausserdem müssen sie den Umgang mit ihrer Wut und Enttäuschung in emotionalen Situationen lernen. Gewaltprävention bedeutet, dass sich eine Klasse gezielt und fokussiert damit beschäftigt, Sorge zu sich, zu den anderen und den Sachen zu tragen. Die Weltlage mit Krieg, Naturkatastrophen, der Informationsflut über Social Media und dem Konkurrenzdruck ist komplex. So viel Unsicherheit hinterlässt Spuren. Unterstützt durch die Gewaltprävention üben Kinder und Jugendliche ein, wie man anders als mit Gewalt auf solche Unsicherheiten, Provokationen oder Enttäuschungen reagieren kann. Die Gewaltprävention entlastet die Lehrpersonen und Schulen. Sie macht wichtige Arbeit. Dafür möchte ich dem Team danken. Eine zusätzliche Stelle ist wichtig, weil die Nachfrage gross ist.*

Johann Widmer (SVP): *Leider wird sich Gewalt unter Schülern nicht durch eine Fachstelle oder eine zusätzliche Person vermindern lassen. Das ist ein Fakt, den ich aus meiner 37-jährigen Berufsschulerfahrung kenne. Gewaltprävention ist immer noch die Aufgabe des Hauptlehrers oder der Lehrperson. Aber wegen der Überlastung der Klassenlehrer durch die Tagesschulorganisation fehlt ihnen die Zeit, die Bezugsperson der Klasse zu sein. Es wäre eigentlich die pädagogische Pflicht der Hauptlehrer, dafür zu sorgen, dass die Gewaltspirale in einer Klasse nicht zunimmt. Das ist möglich. Das habe ich 37 Jahre lang gemacht. In der Berufsschule ist das zudem etwas extremer als in der Volks- und Sekundarschule. Dort geht es um Messer und Pistolen. Aber die Mehrheit möchte – wie immer, wenn es ein Problem gibt – eine neue Stelle schaffen. Offenbar werden an der Universität immer noch zu viele Leute ausgebildet, die man nirgends brauchen kann. Diese Fachstelle ist unnötig und es braucht sicher keine zusätzliche Stelle. Wenn man ein Problem hat, muss man nicht mehr Leute anstellen. Man muss das Problem lösen. Wenn jemand nicht weiss, wie man ein Problem löst, kann er in meine Vorlesung Systems-Engineering kommen, wo ich erkläre, wie man Probleme löst.*

Weitere Wortmeldungen:

Isabel Garcia (FDP): *Die FDP wechselt von der Minderheit in die Mehrheit. Die polizeiliche Kriminalstatistik zeigt, dass der Anteil jugendlicher Beschuldigter in den letzten Jahren bei den Gewaltdelikten stetig stieg. Zudem gibt es immer mehr Sekundarschüler.*

Stefan Urech (SVP): *Die FDP erstaunt mich. Sonst zeichnet sie sich durch eine ruhige, faktische Analyse aus. Wenn man die Zahlen im Geschäftsbericht der letzten Jahre anschaut, sieht man, dass es mit der steigenden Gewaltprävention immer mehr Interventionen der Fachstelle für Gewaltprävention gibt. Etwas stimmt nicht. Die Fachstellen, die sich damit brüsten, Gewaltprävention zu machen, müssen einen Beweis an den Tag legen, dass die Präventionsarbeit funktioniert. Das Problem der Gewalt liegt woanders und muss dort gelöst werden – sicher nicht mit mehr von dem, das nicht funktionierte.*

Karin Weyermann (Die Mitte): *Die Fraktion Die Mitte/EVP wird in der Minderheit bleiben. Das heisst nicht, dass wir die Problematik der Gewalt und Jugendgewalt nicht anerkennen. Wir bleiben aber dabei, dass wir Verschlechterungen des Budgets nur zurückhaltend unterstützen und nicht, wenn sie der Stadtrat nicht beantragt. Wenn der Stadtrat findet, es brauche mehr Stellen, soll er diese fürs Jahr 2026 budgetieren.*

S. 398	50 5000 3010 00 000	SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT Schul- und Sportdepartement Departementssekretariat Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
077.	Antrag Stadtrat				7 523 800	Minderheit
				120 000	7 643 800	Mehrheit
		Begründung:	Fachstelle für Gewaltprävention: Eine zusätzliche Stelle wegen Zunahme der Jugendgewalt sowie der Zunahme der Anzahl Schüler*innen insbesondere auf Sekundarstufe			
						Johann Widmer (SVP) Referat, Vizepräsidium Martin Bürki (FDP), Përparim Avdili (FDP), Markus Haselbach (Die Mitte) Felix Moser (Grüne) Referat, Präsidium Sven Sobernheim (GLP), Dr. Florian Blättler (SP), Leah Heuri (SP), Tanja Maag (AL), Florian Utz (SP), Barbara Wiesmann (SP)

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 97 gegen 19 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Persönliche Erklärungen:

Urs Riklin (Grüne) hält eine persönliche Erklärung zum Votum des Vorstehers des Schul- und Sportdepartements betreffend die Anträge für zusätzliche Stellen im Schul- und Sportdepartement.

Stefan Urech (SVP) hält eine persönliche Erklärung zum Votum des Vorstehers des Schul- und Sportdepartements sowie zum Votum von Urs Riklin (Grüne).

Michael Schmid (FDP) hält eine persönliche Erklärung zum jederzeitigen Rederecht von Mitgliedern des Stadtrats während den Ratsdebatten.

Antrag 078.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Dr. Florian Blättler (SP): Die FDP regt sich jedes Jahr auf, dass die Rechnung signifikant besser abschneidet als das Budget. Auch ich finde das mühsam. Hier haben wir ein Konto mit Geld, das mit einer Wahrscheinlichkeit von 80–90 Prozent nicht ausgeschöpft wird. Es handelt sich nicht um einen grossen, aber symbolischen Betrag. Wir haben diesen Betrag schon mehrmals gestrichen aber er kommt jedes Mal zurück.

Markus Haselbach (Die Mitte): *Bezüglich Wahrscheinlichkeit ist die Minderheit anderer Meinung als Dr. Florian Blättler (SP). Es ist recht wahrscheinlich, dass im Lauf des Jahres eine Kaderstelle zu besetzen ist. Dann ist es ein Vorteil, wenn das Budget bereits vorhanden ist. Eine zeitnahe Planung und Auslösung des Rekrutierungsprozesses ist für eine rasche Stellenbesetzung wichtig. Wir folgen der Budgetierung des Stadtrats.*

S. 399	50	SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT			
	5000	Schul- und Sportdepartement Departementssekretariat			
	3091 00 000	Personalwerbung			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
078.	Antrag Stadtrat			75 000 Minderheit	Markus Haselbach (Die Mitte) Referat, Tanja Maag (AL)
		50 000		25 000 Mehrheit	Dr. Florian Blättler (SP) Referat, Präsidium Sven Sobernheim (GLP), Vizepräsident Martin Bürki (FDP), Pärparim Avdili (FDP), Leah Heuri (SP), Felix Moser (Grüne), Florian Utz (SP), Johann Widmer (SVP), Barbara Wiesmann (SP)
					Begründung: Keine Budgetierung auf Vorrat

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 88 gegen 25 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Gemeinsame Behandlung der Anträge 079., 080. und 081. (Postulat GR Nr. 2024/540).

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Dr. Balz Bürgisser (Grüne) begründet den Antrag der Mehrheit und das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 4003/2024): *Die Grünen haben eine Vision einer inklusiven Volksschule. Es soll eine Schule für alle sein, die sich den individuellen Bedürfnissen der Kinder und Jugendlichen anpasst. Eine Schule, die Bildungsgerechtigkeit und hohe Bildungschancen für alle Kinder gewährleistet. Das ist unser Leitstern. Leider sind diese Leitideen in der heutigen integrativen Schule mangelhaft umgesetzt, weil Ressourcen fehlen. Integration ist eine Vorstufe zur Inklusion. Deshalb soll die integrative Schule verbessert und kontinuierlich zur inklusiven Schule weiterentwickelt werden. Dafür braucht es Ressourcen, qualifiziertes Personal und unterstützende räumliche und pädagogische Strukturen. Konkret braucht es beispielsweise pädagogische Auszeitstrukturen wie Schulinseln oder Lernoasen. Dabei handelt es sich um niederschwellig zugängliche Rückzugsorte innerhalb der Schule. Sie bieten temporär vielfältige und individuelle Unterstützungen für Schüler*innen und entlasten Lehrpersonen. Kinder und Jugendliche mit herausforderndem Verhalten können auf der Schulinsel zur Ruhe kommen. Sie werden dort von einer qualifizierten Person aufgefangen, betreut und beim Lernen begleitet. Sobald die akute Krisensituation deeskaliert und bewältigt ist – das kann nach ein paar Stunden oder Tagen sein –, nehmen die Kinder wieder am Unterricht in der Klasse teil. Zwei weitere Beispiele für pädagogische Strukturen auf dem Weg zur inklusiven Schule sind das Programm «Stay in School» im Schulkreis Glatttal. Dabei handelt es sich um ein Präventions- und Interventionsprogramm unter dem Motto «Wir geben dich nicht auf. Du bleibst bei uns». Das zweite Beispiel ist das Angebot «Familienklasse» im Schulkreis*

Limmattal. Dieses bezieht die Eltern mit ein und bietet die Chance auf positive Veränderungen in der Schule und zuhause. Zudem leistet es solidarische Unterstützung in schwierigen Situationen. Diese aktuellen Projekte sind Meilensteine auf dem Weg zur inklusiven Schule. Die Angebote dienen sowohl der Entlastung von Lehrpersonen und Klassenverbänden, als auch der guten Entwicklung von Kindern und Jugendlichen. Es soll möglich sein, solche und ähnliche Strukturen einzurichten, ohne Ressourcen von Deutsch als Zweitsprache, von der Integrativen Förderung oder Begabtenförderung abzuziehen. Schulkreise und Schulen, die Bedarf anmelden, sollen unkompliziert genügend Ressourcen erhalten. Die kommunalen Ressourcen sollen durch allfällige kantonale ergänzt werden. Kantonale Ressourcen stehen allerdings – wenn überhaupt – erst in ein paar Jahren für den sogenannt erweiterten Lernraum zur Verfügung. So lange wollen wir in der Stadt nicht warten. Zum Wohl der Kinder und unserer Gesellschaft.

Pärparim Avdili (FDP): *Die Grünen haben eine Vision. Ich hoffe, sie haben nicht mehr als eine, sonst müsste man – ganz nach Helmut Schmidt – irgendwann zum Arzt. Aber es geht hier nicht um eine Vision, sondern darum, wie man konkret mit unseren Kindern in den Schulen umgeht. Es besteht kein Mangel an Ressourcen für pädagogische Strukturen. Wir haben mit dem inklusiven Kopf-durch-die-Wand-Ansatz vor allem ein systematisches Problem. Mit noch mehr Ressourcen könnte man vielleicht zur Inklusion zusätzlicher Angestellter beitragen, aber den Kindern würde es nicht helfen. Es überfordert sie, schafft Chaos für die Lehrpersonen und Frust für die Eltern.*

Yasmine Bourgeois (FDP) *stellt namens der FDP-Fraktion den Ablehnungsantrag und begründet diesen: Unsere Schulen leiden unter der Last des integrativen Schulsystems. Die Lehrerinnen und Lehrer können ihre Aufgaben an den Schulen nicht mehr befriedigend wahrnehmen. In diesem Punkt sind wir uns einig. Die Lehrerinnen und Lehrer sind ausgebrannt und die Kinder leiden. Eigentlich kommt niemand mehr auf seine Kosten. In ihrem Vorstoss verlangen die Grünen etwas, das viele Schulen längst selber eingerichtet haben. Sie wollen einfach mehr Ressourcen dafür. Lerninseln sind leider nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Sie lösen die grossen Probleme nicht wirklich. Zu den Problemen können sie beispielsweise die Umfragen des Schweizerischen Lehrerverbands oder des Basler Lehrerverbands konsultieren. Wir haben zu viel Administrations- und Koordinationsaufwand. Dazu gehören in der Stadt Zürich die vielen Sitzungen und Austauschgespräche mit unendlich viel Stütz- und Förderpersonal. Wir haben zu heterogene Klassen, zu viel Unruhe in den Klassen und zu wenig Zeit, um allen Kindern gerecht zu werden. Diese Hauptprobleme löst man weder mit Lerninseln noch mit mehr Personal. Denn je mehr Stützpersonal, desto mehr Koordinationsaufwand, desto mehr Unruhe in den Klassenzimmern und desto schwächere Lernbeziehungen. Klassenlehrpersonen werden sogar noch mehr Koordinationsaufwand haben, aber gleich viel Unruhe und gleich viele Elterngespräche. Das Einzige, das sie ein bisschen entlastet, ist, dass ein Kind, das mehr Aufmerksamkeit braucht, diese temporär von jemand anderem bekommt. Aber mit dieser Lösung werden die Kinder hin- und hergeschoben. Dabei brauchen genau diese Kinder Struktur und Stabilität. Die Grünen erwähnen im Postulat das Programm «Stay in School». Dabei handelt es sich um ein Präventions- und Interventionsprogramm sowie ein Werte- und Haltungsprogramm unter dem Motto «Wir geben dich nicht auf. Du bleibst bei uns». Löst man mit einer Haltung irgendein Problem? Ich persönlich habe die Haltung, dass jedes Kind – egal welche Kompetenzen es hat und an welchem Ort es lerntechnisch steht – die bestmögliche Förderung erhalten soll. Aber löst meine Haltung ein Problem? Und schauen Sie sich mal den diskriminierenden Titel dieses Programms an. Übersetzt heisst das doch: Du hast Probleme, aber wir wollen dich trotzdem. Deshalb schieben wird dich immer mal wieder von deiner Klasse und Stammgruppe in die Lerninsel oder – wie die Grünen es in ihrem Vorstoss benennen – in die Tankstelle ab. Merken Sie eigentlich, wie diskriminierend das ist? Bei den woken Diskussionen im Rat sprechen Sie davon, dass es wichtig sei, wie etwas ankomme und*

nicht, was es wirklich bedeute. Vielleicht müssen Sie bei Ihren Botschaften beginnen. Diese landen nämlich direkt beim Kind, dass sie nicht so gut wie Erwachsene einordnen kann. Die FDP will echte Lösungen und stabile Lernbeziehungen – kein Hin und Her.

Weitere Wortmeldungen:

Dr. Tamara Bosshardt (SP): *Im Jahr 2005 wurde das neue Volksschulgesetz in Zürich mit über 70 Prozent angenommen. Damit sprach sich die Stimmbevölkerung klar dafür aus, dass alle Kinder und Jugendlichen mit ihren unterschiedlichen Bedürfnissen und Fähigkeiten möglichst gemeinsam in der Regelklasse unterrichtet werden. Der integrative Ansatz stärkt die Chancengerechtigkeit. Die SP setzt sich für eine Politik für alle Menschen ein und steht deshalb nach wie vor hinter der integrativen Schule. Unsere Lehrpersonen leisten enorm wichtige Arbeit und sind gleichzeitig immer wieder von Sparmassnahmen betroffen. Damit die Integration gelingt und Lehrpersonen mit herausfordernden Situationen nicht allein gelassen werden, braucht es mehr Ressourcen und nicht weniger. Nicht nur in der Schule und nicht nur in Zürich gibt es Tendenzen, auf aktuelle Herausforderungen zu reagieren, indem man sich die vermeintlich bessere Vergangenheit zurückwünscht. Der Vorschlag lautet zurück zu Förderklassen, was selten die richtige Richtung ist. Es handelt sich nicht um eine woke Diskussion. Aktuelle Forschungsergebnisse zeigen, dass Regelschüler*innen durch die integrative Schule nicht gebremst werden. Eine separative Schulung kann jedoch Verhaltensprobleme verstärken. Stimmen Sie dem Postulat zu, damit Schulen in der Stadt Zürich unkompliziert Ressourcen für schnell umsetzbare, niederschwellige Angebote erhalten. Damit können Lehrpersonen entlastet werden, ohne dass Kinder und Jugendliche bei Herausforderungen vorschnell separiert werden müssen. Wir möchten eine Gesellschaft mit mehr Integration und weniger Ausgrenzung und Stigmatisierung. Das beginnt bei den Schulen.*

Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP): *Es werden mehrere Anträge behandelt, die aus Sicht der GLP stark mit der Diskussion zusammenhängen, wie die integrative Schulung von Schülerinnen und Schülern weitergehen soll. Wir alle wissen, dass die kantonale Förderklassen-Initiative eingereicht wurde. Diese wird auch von Vertreterinnen und Vertretern der GLP-Fraktion im Kantonsrat unterstützt. Ende Oktober 2024 wurde bekannt, dass der Regierungsrat das integrative Schulsystem mit einem Gegenvorschlag weiterentwickeln will. Das möchte er mit dem sogenannten Lernraum tun. Damit möchte er eine gesetzliche Grundlage schaffen, die es den Gemeinden ermöglichen soll, zusätzliche Lernräume oder Lerninseln zu schaffen. Dr. Balz Bürgisser (Grüne) sagte, er wolle nicht auf den Kanton warten, sondern die Infrastruktur jetzt ermöglichen. Aus Sicht der GLP muss die Debatte zuerst im Kantonsrat geführt werden. Wir sehen nicht ein, weshalb wir das bereits jetzt einfordern sollten. Deshalb lehnen wir die Anträge für Mehrausgaben ab. Das Postulat sehen wir als Weg, wie man die integrative Schulung weiterdenken oder weiterentwickeln könnte. Aber auch hier sind wir der Meinung, dass es sauber diskutiert werden sollte. Deshalb geht die GLP-Fraktion in die Enthaltung.*

Stefan Urech (SVP): *Die Grünen haben eine Vision, in der beim integrativen Schulsystem alles blumig und rosig aussieht. Die SP zitierte Forschungsergebnisse, dass die integrative Schule ein Erfolgsmodell sei. Fakt ist: Wir testen dieses System seit Jahren und Lehrer und Eltern sind unzufrieden. Die Lösung der Linken lautet wie immer mehr Personal. Wenn sie es zu Ende denken, haben sie am Schluss Privatunterricht für jedes Kind. Das ist weder Regel- noch Klassenunterricht. Sie sprechen von Lerninseln. Auch ich habe an der Schule eine Schulinsel und mache viel Gebrauch von ihr. Aber eigentlich handelt es sich dabei um die versteckte Wiedereinführung der Sonderklassen. Viele dieser Sonderschülerinnen und Sonderschüler verbringen die Mehrheit der Zeit in dieser Lerninsel und sitzen ab und zu in der Regelklasse. Die Lerninseln sind im integrativen*

System entstanden, weil dieses nicht funktioniert. Die SVP wünscht sich ein Schulsystem, in dem der Fokus nicht nur auf die lautesten und auffälligsten Schüler gelegt wird, sondern auch auf die unauffälligen, die zur Schule kommen, um zu lernen. Diese Schüler gehen oft vergessen, weil die Aufmerksamkeit und ein riesiger Teil der Ressourcen auf jenen Schülern liegt, die unruhig sind, stören und laut sind.

Karin Weyermann (Die Mitte): Die Fraktion Die Mitte/EVP unterstützt die Einrichtung weiterer pädagogischer Strukturen nicht und lehnt auch das Postulat ab. Es wurde bereits erwähnt, dass es die Förderklassen-Initiative gibt. Wir sind der Meinung, dass man diese Initiative abwarten sollte. Es kann nicht die Lösung sein, einem Problem immer mehr Geld hinterher zu werfen. Wir stehen im Grundsatz hinter der integrativen Schulung und sehen sehr viele Vorteile. Wir sehen im Moment aber ein Pendel, das zu stark in die andere Richtung ausgeschlagen hat und sich in der Mitte befinden müsste. Es gibt keine richtige und einfache Lösung. Wir werden weiter darüber diskutieren müssen, wie genau die integrative Schulung aussieht und welcher Weg der Beste ist. Einfach weiteres Geld in pädagogische Strukturen zu stecken, kann nicht der Weg sein.

Sophie Blaser (AL): Die Situation in Basel lässt sich nicht mit jener in Zürich vergleichen, auch wenn die Resultate aus Basel vielleicht passen. Die Initiative wird in Zürich von keinem Verband der Bildungslandschaft unterstützt. Weder der Verband der Schulleitungen (VSLZH), der Verband der Lehrpersonen (ZLV), der Verband der Zürcher Schulpräsidenten (VSZ), der Verband der Fachleitung Sonderpädagogik (VFSopÄ), noch die kantonale Elternorganisation (KEO) oder der Verband des Personals öffentlicher Dienste (VPOD) finden den Vorschlag tauglich, um die aktuellen Probleme zu lösen. Einige der Verbände werden auch von Bürgerlichen präsidiert. Die AL steht zur Integration und den Angeboten, die die Schulkreise entwickelt haben. Diese sind sehr individuell und auf Kinder ausgerichtet, die phasenweise mehr Unterstützung brauchen, als eine Regelklasse bieten kann. Diese Angebote sind niederschwellig und auf die Situation vor Ort und die Schulkreise angepasst. Aktuell ist es aber so, dass für diese Angebote oft Personal und Ressourcen zusammengekratzt werden müssen. Was sich bewährt hat, soll auch nachhaltig finanziert werden. Die Umsetzung liegt bei der ZSP und den Schulkreisen. Diese wissen, was sie brauchen. Insofern handelt es sich um einen ausgewogenen und sinnvollen Antrag und einen wichtigen Beitrag zur integrativen Schule.

S. 406	50	SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT				
	5010	Schulamt				
	3010 00 000	Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
079.	Antrag Stadtrat			318 187 600	Minderheit	Pärparim Avdili (FDP) Referat, Präsidium Sven Sobernheim (GLP), Vizepräsidium Martin Bürki (FDP), Markus Haselbach (Die Mitte), Johann Widmer (SVP)
			1 300 000	319 487 600	Mehrheit	Felix Moser (Grüne) Referat, Dr. Florian Blättler (SP), Leah Heuri (SP), Tanja Maag (AL), Florian Utz (SP), Barbara Wiesmann (SP)
		Begründung: Einrichten von pädagogischen Strukturen zur Stärkung der inklusiven Schule (gemäss Begleitpostulat)				

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 63 gegen 56 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 080.

Wortmeldungen siehe Antrag 079.

S. 406	50 5010 3020 00 000	SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT Schulamt Löhne der Lehrpersonen				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
080.	Antrag Stadtrat				102 035 500	Minderheit
				1 300 000	103 335 500	Mehrheit
		Begründung:	Einrichten von pädagogischen Strukturen zur Stärkung der inklusiven Schule (gemäss Begleitpostulat)			
						Përparim Avdili (FDP) Referat, Präsidium Sven Sobernheim (GLP), Vize- präsidium Martin Bürki (FDP), Markus Haselbach (Die Mitte), Johann Widmer (SVP) Felix Moser (Grüne) Referat, Dr. Florian Blättler (SP), Leah Heuri (SP), Tanja Maag (AL), Florian Utz (SP), Barbara Wies- mann (SP)

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 63 gegen 56 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

4095. 2024/540

Postulat von Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Dr. Tamara Bosshardt (SP) und Sophie Blaser (AL) vom 27.11.2024:

Einrichtung pädagogischer Strukturen an den Volksschulen zur Stärkung der inklusiven Schule

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Wortmeldungen siehe GR Nr. 2024/421, Beschluss-Nr. 4074/2024, Antrag Nr. 079.

Dr. Balz Bürgisser (Grüne) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 4003/2024).

Yasmine Bourgeois (FDP) stellt namens der FDP-Fraktion den Ablehnungsantrag und begründet diesen.

Das Postulat wird mit 63 gegen 42 Stimmen (bei 14 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Antrag 082.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Stefan Urech (SVP): Wir erinnern uns an die Tagesschulbetitelung von Yasmine Bourgeois (FDP) von «Tagesschule light» versus «Tagesschule vollfett». Was wir abschneiden möchten, ist die Version «Tagesschule vollfett». Es braucht nicht noch mehr Personal. Wir möchten eine schlankere Umsetzung der Tagesschule.

Leah Heuri (SP): Die flächendeckende Einführung der Tagesschule in Zürich ist ein bedeutender Schritt für die Zukunft der Stadt. Tagesschulen verbessern nicht nur die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, sondern schaffen auch gerechte Bildungschancen für alle Kinder und Jugendlichen. Sie bieten eine moderne und integrierende Betreuung, die allen Bedürfnissen der heutigen Gesellschaft entspricht. Der Stadtrat budgetiert so viel, wie er möchte. Deshalb lehnt die Mehrheit der RPK den Kürzungsantrag ab.

Weitere Wortmeldungen:

Johann Widmer (SVP): Weshalb schulen rund 20 Prozent der Eltern ihre Kinder nicht in der Volksschule ein, sondern an Privatschulen? Etwas stinkt zum Himmel.

Dr. Balz Bürgisser (Grüne): Die SVP politisiert faktenfrei. In der Stadt Zürich sind von der 1. bis 5. Primarklasse 10 Prozent der Schülerinnen und Schüler in Privatschulen. In der 6. Klasse sind es 12 Prozent, weil gewisse Eltern ihre Kinder an Privatschulen schicken, um den Übertritt ans Gymnasium sicherzustellen. Die 20 Prozent sind falsch.

S. 406	50	SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT				
	5010	Schulamt				
	3010 00 000	Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
082.	Antrag Stadtrat			318 187 600	Mehrheit	Leah Heuri (SP) Referat, Präsidium Sven Sobernheim (GLP), Vizepräsidium Martin Bürki (FDP), Pärparim Avdili (FDP), Dr. Florian Blättler (SP), Markus Haselbach (Die Mitte), Tanja Maag (AL), Felix Moser (Grüne), Florian Utz (SP), Barbara Wiesmann (SP)
		23 701 400		294 486 200	Minderheit	Johann Widmer (SVP) Referat
		Begründung: Es soll kein weiteres Personal für die Tagesschule eingestellt werden. Diese wird teurer, als man der Bevölkerung versprochen hat. Die Idee der integrativen Schule ist gescheitert.				

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 102 gegen 12 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Gemeinsame Behandlung der Anträge 083. bis 090. (Postulat GR Nr. 2024/558)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Yasmine Bourgeois (FDP) begründet den Antrag der Minderheit und das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 4048/2024): Die Herausforderungen in den Schulen sind vielseitig und komplex. Unser Postulat und die Anträge 085. bis 089. zielen darauf ab, die integrative Schule tragfähig zu machen. Lehrerinnen und Lehrer sehen sich einem enormen Koordinations- und Administrationsaufwand gegenübergestellt – und es wird mehr und mehr. Postulate wie das vorherige fördern dies noch. Es wird nicht nur die Zeit der Lehrerinnen und Lehrer beansprucht, sondern auch ihre Kraft. Gleichzeitig stehen sie vor der Aufgabe, den unterschiedlichsten Bedürfnissen ihrer Schülerinnen und Schüler gerecht zu werden. Unsere Antwort auf diese Herausforderungen lautet: Förderklassen. Eine kleinere Klassengrösse erlaubt es, auf die individuellen Stärken und Schwächen der Kinder einzugehen. Kinder, die mehr Betreuung brauchen, erhalten die notwendige Zeit und Aufmerksamkeit. Das verhindert sowohl die Überforderung als auch die Unterforderung einzelner Schülerinnen und Schüler. Förderklassen haben gegenüber den Sonderschulen den Vorteil, dass sie im gleichen Schulhaus oder Quartier besucht werden können und keinen besonderen Stempel geben. Es sind einfach kleinere Klassen, in denen die Lehrkraft mehr Zeit für die besonderen Bedürfnisse hat. Förderklassen sind eine erhebliche Entlastung für die Lehrkräfte. Der organisatorische Aufwand wird massiv reduziert, weil weniger Kinder pro Klasse betreut werden müssen. Die Lehrerinnen und Lehrer können ihre Energie dort einsetzen, wo sie am dringendsten gebraucht wird: in der direkten Arbeit mit den Kindern. Das führt zu einer höheren Qualität des Unterrichts und zu einer deutlichen Verbesserung des Arbeitsumfelds der Lehrkräfte. Förderklassen schaffen ein stabiles Umfeld für die Kinder. Sie reduzieren das ständige Hin- und Herschicken zwischen den Förderangeboten. Das schafft Vertrauen, Sicherheit und eine bessere Lernatmosphäre. Die Vorteile der Förderklassen sind nicht nur kurzfristig spürbar: Kinder, die von Anfang an die passende Förderung haben, erzielen bessere schulische Ergebnisse. Langfristig entlasten wir damit das ganze Bildungssystem und vermeiden zukünftige – meistens sehr teure – Massnahmen. Zusammengefasst sind Förderklassen nicht nur eine Investition in unsere Schulen, sondern in die Zukunft unserer Gesellschaft und entlasten die Lehrkräfte. Sie schaffen faire Bedingungen für unsere Kinder und vermeiden die Überforderung und Unterforderung. Jedes Kind hat das Recht auf eine Bildung, die seinen Möglichkeiten und Potenzialen entspricht. Förderklassen ermöglichen das. Die Anträge sind budgetneutral. Logischerweise braucht es weniger Ressourcen für die Sonderschulung und Integrierte Sonderschulung in Regelschulen (ISR). Darum haben wir die Hälfte der Sonderschul- und ISR-Ressourcen gestrichen. Diese möchten wir dort einsetzen, wo man Personal für Förderklassen aufstocken kann.

Leah Heuri (SP): Entscheidungen über die passende Förderung für ein Kind werden auf Grundlage fachlicher Expertise durch den Schulpsychologischen Dienst (SPD) getroffen. Der SPD gibt eine fundierte Empfehlung ab, ob eine ISR sinnvoll oder eine separierte Sonderschulung notwendig ist. Die individuelle Abklärung und Begleitung durch den SPD gewährleisten, dass die spezifischen Bedürfnisse jedes Kinds im Mittelpunkt stehen, ohne voreilig auf Separation zu setzen. Förderklassen mögen auf den ersten Blick wie eine sinnvolle Lösung erscheinen, um ein Kind mit Lernschwierigkeiten gezielt zu unterstützen. Doch ein genauer Blick zeigt, dass diese Konzepte mehr Probleme schaffen, als sie lösen. Einerseits führt die Separation von Kindern in Förderklassen häufig zu Stigmatisierungen und Ausgrenzungen. Kinder in diesen Klassen werden oft als anders oder schwächer wahrgenommen, sowohl von ihren Mitschüler*innen als auch von der Gesellschaft. Primarlehrerin und Kantonsrätin Carmen Marty Fässler hat es treffend formuliert: «Wir wollen keinen Rückschritt in ein Zweiklassensystem, in dem Kinder

mit Lernschwächen oder Verhaltensproblemen einfach aussortiert werden.» Diese Etikettierung beeinflusst nicht nur das Selbstbewusstsein der Kinder, sondern auch ihre langfristigen Bildungschancen und Integration in die Gemeinschaft. Anstatt eine Vielfalt in regulären Klassen als Chance zu nutzen, wird durch das Herausnehmen der Kinder eine Trennung geschaffen, die der Idee einer inklusiven Gesellschaft widerspricht. Jedes Kind hat das Recht, unabhängig von seinen Fähigkeiten in einer regulären Klasse zu lernen und von seinen Mitschüler*innen zu profitieren. Wissenschaftliche Studien zeigen, dass Kinder mit Unterstützungsbedarf oft besser abschneiden, wenn sie in heterogenen Klassen unterrichtet werden. Sie profitieren von einer breiten sozialen und akademischen Interaktion sowie von differenzierten Lernmethoden, die für alle Lernniveaus förderlich sind. Förderklassen hingegen können dazu führen, dass die Kinder in ihrer Entwicklung stagnieren, weil sie nicht ausreichend gefördert werden. Auch wenn das integrative Schulsystem viele Vorteile bietet, ist es wichtig anzuerkennen, dass es Kinder gibt, die auf spezielle Sonderschulen angewiesen sind. Diese Kinder haben komplexe und schwerwiegende Förderbedürfnisse, die in einem regulären Schulumfeld – selbst mit unterstützenden Massnahmen – nicht ausreichend adressiert werden können. Sonderschulen bieten ihnen eine angepasste Umgebung, in der sie die individuelle Förderung und therapeutische Unterstützung erhalten, die ihren besonderen Bedürfnissen gerecht wird. Diese Expertise kann in Förderklassen oft nur begrenzt zur Verfügung gestellt werden. Schliesslich stellen Förderklassen keine nachhaltige Lösung dar, weil sie die strukturellen Probleme des Bildungssystems nicht angehen. Es sollten stattdessen mehr Ressourcen in den integrativen Unterricht investiert werden, wie beispielsweise in das Schulinsel-Modell, das eine rasche Umsetzung und niederschwellige Handlungsoptionen bietet. Die Mehrheit der RPK spricht sich gegen die sieben Anträge aus.

Dr. Balz Bürgisser (Grüne) stellt namens der Grüne-Fraktion den Ablehnungsantrag und begründet diesen: Für die Grünen und weitere Parteien im Saal ist die Inklusion der Leitstern. Bei der inklusiven Bildung geht es um eine Kultur des Miteinanders. Es geht um die Wertschätzung von Diversität und Chancengerechtigkeit. Das Postulat fordert das Gegenteil. Es will Ressourcen im grossen Stil von ISR zu Förderklassen verschieben, also von der Integration zur Separation. Es wundert mich, dass die FDP das fordert. Der bürgerlich dominierte Regierungsrat des Kantons Zürich hat eine klar ablehnende Haltung gegenüber Förderklassen. Er schreibt in seinem Bericht vom Oktober 2024: «Die Erfahrung zeigt, dass zu lange separierte Schülerinnen und Schüler Schwierigkeiten haben, aus der Separation herauszufinden. Dies hat auch Folgen für die Anschlussfähigkeit an die Berufswelt. Die Separation wirkt sich negativ auf die beruflichen Aussichten der betroffenen Schülerinnen und Schüler und deren Integration in gesellschaftliche Strukturen aus.» Es lohnt sich, noch genauer hinzuschauen. Es gibt im Kanton Zürich Gemeinden, in denen Kleinklassen geführt werden. Das ist gemäss Volksschulgesetz möglich. In diesen Gemeinden liegt die Sonderschulquote deutlich über dem kantonalen Durchschnitt von 4,8 Prozent. Ganz anders sieht die Prozentzahl in jenen Gemeinden aus, die keine Kleinklassen haben und Massnahmen zur Stärkung der Integrationskraft der Volksschule umsetzen. Dazu gehört zum Beispiel die Stadt Zürich, wo die Sonderschulquote aktuell nur 3,7 Prozent beträgt. Das beweist eindrücklich, dass Kleinklassen zu mehr Sonderschulungen führen und nicht zu weniger. Diese Fakten ignoriert das Postulat. Ausserdem handelt es sich beim Wort Förderklasse um einen Etikettenschwindel, weil ein Kind mit besonderem Förderbedarf wirklich in der Regelklasse gefördert wird. So ist es motivierter und lernt besser. Die Vorteile des Unterrichtens in der Regelklasse für das betreffende Kind werden durch zahlreiche wissenschaftliche Untersuchungen belegt. Aus diesen Gründen wollen die Grünen keine Förderklassen. Wir möchten keine zusätzliche separative Struktur an der Volksschule.

Weitere Wortmeldungen:

Julia Hofstetter (Grüne): Dr. Balz Bürgisser (Grüne) hat erklärt, weshalb wir das Postulat ablehnen. Ich erläutere, weshalb wir die anderen Anträge der FDP ablehnen. Es ist zynisch, wenn die FDP von Förderklassen spricht. Eigentlich geht es darum, einen Ort zu schaffen, an dem junge Menschen separiert werden. Ich weiss nicht, ob der FDP bewusst ist, was sie tut, wenn sie Yasmine Bourgeois (FDP) folgt. Zynismus darf in der Gestaltung von Bildung und Schule keinen Platz haben. Dafür ist die Schule zu wichtig; sie ist das Abbild unserer Gesellschaft. Kinder und Jugendliche spüren sehr gut, dass sie nicht zu Förderzwecken separiert werden; dass es ihre Unterschiedlichkeit ist, die als störend empfunden wird. Die Idee, diesen Jugendlichen zu zeigen, dass sie nicht dazu gehören, ist eine traurige Botschaft. Eine wahre Leistung – Leistung fordert die FDP immer – ist es, wenn es uns gelingt, eine Gemeinschaft zu sein in der alle Platz haben und wo eine gute Zusammenarbeit möglich ist. Die Grünen wollen keine Schule, in der die Menschen mit der Empathie eines Kühlschranks selektioniert werden. Schule bedeutet, Rechnen und Sprachen zu lernen, Naturwissenschaften zu verstehen, damit frei und informiert Entscheide getroffen werden können. Schule bedeutet, dass Jugendliche und Kinder lernen, sich in andere Menschen und Situationen hineinzusetzen, dass sie die Komplexität der Welt verstehen und kritisch hinterfragen können und dass sie miteinander Verantwortung übernehmen. Schulische Heilpädagoginnen leisten zusammen mit Lehrpersonen wichtige Arbeit und zwar direkt in der Klasse, in den Lernseln oder Lernzentren der Schule, direkt im Schulhaus. Wir sind uns von der FDP vieles gewohnt. Aber diese Schule, die sie will, erfüllt mich mit grosser Traurigkeit.

Karin Weyermann (Die Mitte): Die Fraktion Die Mitte/EVP wird von der Enthaltung in die Mehrheit wechseln. Das Budget ist nicht der Ort, um steuernd einzugreifen. Anders sehen wir es beim Postulat. So schwarz-weiss wie Julia Hofstetter (Grüne) das Problem geschildert hat, kann man es nicht sehen. Es gibt viele unterschiedliche Kinder und Bedürfnisse und es gibt im Moment ganz viele ungelöste Probleme in unseren Schulen. Beispielsweise die zahlreichen Lehrpersonen und Heilpädagogen, die in einem Schulzimmer irgendwie zusammenarbeiten müssen, was mit einem enormen administrativen Aufwand verbunden ist. Es gibt die Sonderschulen als letzte Möglichkeit für jene Kinder, die wirklich darauf angewiesen sind. Ansonsten haben wir die ISR, die zusätzliche Unterstützung in den Regelklassen gibt. Wir erachten beides als sinnvolle Optionen. Trotzdem glauben wir, dass es Situationen gibt, in denen das für die Kinder und die Klassen nicht das Richtige ist. Die Gefahr von Nivellierungen gegen unten besteht. Es gibt jene Kinder, die mit dem normalen Alltag durchkommen aber durch die vielen Lehrpersonen und die Ablenkung im Schulzimmer gestört werden. Wir müssen für alle eine Lösung finden. Zu prüfen, ob Förderklassen nicht doch eine Option sind, erachten wir als sinnvoll. Auf kantonaler Ebene läuft die Initiative. Unsere Regierungsrätin, die Bildungsdirektorin, hat einen Gegenvorschlag vorgelegt. Wir müssen diese Entwicklungen abwarten. Deshalb sind wir der Meinung, das Postulat zu überweisen.

Stefan Urech (SVP): Das Votum von Julia Hofstetter (Grüne) war widerlich. Es unterstellt Yasmine Bourgeois (FDP) und mir Zynismus und Empathielosigkeit. Als würden wir Kinder in ein Arbeitslager schicken und vor der Gesellschaft verstecken wollen. Das sagt niemand. Diese Förderklassen können und sollen selbstverständlich in den gleichen Schulhäusern wie die Regelklassen geführt und Schulanlässe gemeinsam durchgeführt werden. Was die bürgerliche Seite sagt, ist, dass das integrative System gescheitert ist. Damit sind wir nicht allein. Das sagen auch linke Wähler hinter vorgehaltener Hand. Seit Jahren wird die Durchmischung forciert. Als eine der einzigen Gemeinden im Kanton Zürich wurde in der Stadt Zürich das Schulniveau C auf Sekundarstufe abgeschafft. In einem nächsten Schritt wurden das Niveau A und B miteinander vermischt. Dazu kommt noch die integrative Schule. Am Schluss steht man in dieser Stadt

als Lehrer vor einer Sek-Klasse, in der ein Schüler knapp die Gymi-Prüfung verhauen hat und ein anderer Sonderschüler ist. Als Lehrer soll man beiden gerecht werden. Das braucht eine wahnsinnige pädagogische Ausbildung. Fakt ist: Sie finden nicht einmal genug Lehrer mit Lehrdiplom. Was ich nicht mehr hören kann, ist die Leier von der Stigmatisierung, wenn man in eine Förderklasse eingeteilt wird. Ist man nicht stigmatisiert, wenn man vor der ganzen Klasse auf die Schulinsel geschickt wird? Ist es nicht stigmatisierend, wenn die ganze Zeit eine Heilpädagogin oder ein Heilpädagoge neben einem sitzt und sagt, man solle zuhören? Das ist ein Zurschaustellen in der Regelklasse.

Dr. Ann-Catherin Nabholz (GLP): Mit der Initiative und dem Gegenvorschlag liegt der Ball beim Kantonsrat, darum lehnen wir die Anträge ab. Die Diskussion muss sauber geführt werden. Beim Postulat finden wir es zu früh, einen Systemwechsel einzuführen, bevor eine Debatte stattfand. Deshalb lehnen wir auch das Postulat ab.

Sophie Blaser (AL): Ich weiss bei all diesen Anträgen nicht, wo anfangen. Es ist an Absurdität und Schludrigkeit nicht zu übertreffen. Die FDP unterbreitet uns in einer Budgetdebatte sieben Anträge, die die Schulen und Bildung komplett umkrempeln sollen. Für diese Reorganisation bleiben dem Schulamt ganze zweieinhalb Wochen Zeit. Ob es überhaupt über die personellen Ressourcen für die Reorganisation verfügt, wissen wir nicht. Auf sechs Konten will die FDP 29,72 Millionen Franken streichen und auf einem anderen 8,65 Millionen Franken einstellen. Das Bildungswesen ist schon kompliziert genug, da ist es vielleicht nur ein Nebenschauplatz, dass sie nach Sonderschulung in der Verantwortung der Regelklassen – statt Regelschulen – fragt, obwohl eine Regelklasse gar keine Verantwortung haben kann. Absurder ist nur noch, dass das Schulamt auch den falschen Begriff nutzte. Es geht um Sonderschulen in der Verantwortung der Regelschulen (ISR), die erst vor kurzem durch eine Reorganisation in der Stadt Zürich eingeführt wurden. Wirklich sorgfältig ist dieses Vorgehen nicht. Sie fordern, 50 Prozent der Beträge für die ISR und 50 Prozent der Kosten für separative Sonderschulung zu streichen. Ein Teil dieses Gelds soll für Förderklassen aufgewendet werden. Als Partei der Jurist*innen müsste der FDP ihre eigene Kampagne im Hals stecken bleiben, wenn sie Klassen fordert, für die es keine rechtliche Grundlage gibt. Die Förderklassen-Initiative ist eine allgemeine Anregung. Der Regierungsrat lehnt sie ab und in der Kommission für Bildung und Kultur (KBIK) wird sie aktuell beraten. Bei Annahme der Initiative müsste der Kanton die gesetzlichen Grundlagen schaffen und definieren, was eine Förderklasse genau ist. Die einzige Form, die das Volksschulgesetz aktuell kennt, um Klassen ausserhalb der separativen Sonderschulung und Regelklassen zu bilden, sind Kleinklassen. Wenn ihr Kleinklassen möchtet, braucht es die Initiative nicht. Sie sind jetzt schon möglich. Mit dem Antrag 086. könnten maximal 81 Förderklassen eröffnet werden, sofern man das Personal fände. Bei 106 Schulen in der Stadt Zürich wäre es also nicht möglich, in jeder Schule eine Förderklasse zu führen, was aber scheinbar das Anliegen ist. Wie man genau auf diesen Beitrag kommt, ist mir schleierhaft. Zudem wären mit jenen Sonderschüler*innen, die man umteilen will, bereits 44 Klassen komplett voll, weil man die Ressourcen für deren Schulung um 50 Prozent streichen will. Platztechnisch könnte man hier und dort also noch ein Kind aus einer Regelklasse umteilen, wenn es eine Rechtsgrundlage gäbe. Die Anträge 084. und 085. würden auch zu sozialplanpflichtigen Massenentlassungen führen. Gemäss dem städtischen Personalrecht werden Angestellte mindestens sechs Monate im Voraus über die Umstände informiert, dass eine Massenentlassung ansteht. Das kann man schlicht nicht bis am 1. Januar 2025 umsetzen. Falls man die Leute auf Ende Juni 2025 entlassen wollte, müsste man sie im Dezember informieren und per Ende Juni das gesamte Personal entlassen, weil sie bereits 50 Prozent des Jahrs gebraucht haben. Ab Juli hat man dann keine Ressourcen mehr, aber einen gesetzlichen Auftrag zu erfüllen sowie eine Massenentlassung und einen Sozialplan, der kosten wird. Die FDP kann uns danken, dass wir die Anträge ablehnen.

Dieses Theater ist ehrlicherweise kaum auszumalen. Die Anträge mögen eine populistische Kampagne sein, aber leider eine wahnsinnig schludrige. Die Bildungslaufbahn unserer Kinder und Jugendlichen ist schlicht zu wichtig, als dass wir in einer Excel-Tabelle 29 Millionen Franken streichen und irgendwo 8 Millionen Franken einsetzen könnten. Wo die Räume für die rund 61 neuen Förderklassen wären, ist mir auch nicht klar. Wer es mit der Bildung ernst meint, kann nichts anderes tun, als die Anträge abzulehnen. Es handelt sich um einen Schnellschuss, der mich überrascht. Ich finde es aber entlarvend. Die FDP hat eine kantonale Initiative eingereicht. Das ist ihr gutes Recht. Aber wir müssen abwarten, was passiert und dann gibt es vielleicht eine gesetzliche Grundlage.

Yasmine Bourgeois (FDP): *Auf die theatralischen Schilderungen der Sprecherin der AL möchte ich nicht eingehen. Sie sind völlig aus der Luft gegriffen. Wenn man keine echten Argumente hat, greift man zu emotionalen Aussagen. Zum Thema Separation möchte ich festhalten, dass die Lerninseln nicht weniger separierend sind. Im Gegenteil: Die Kinder werden hin- und hergeschoben und haben keine stabile Gruppe. Zum Stigma hat Stefan Urech (SVP) bestens argumentiert. Das würde ich so unterschreiben. Ich möchte die Chancengerechtigkeit ansprechen. Ist es wirklich gerechter, wenn Kinder in einer Klasse sitzen und teilweise betreut, teilweise unbetreut an ihrem eigenen Lernprogramm arbeiten? Oder ist es für den Rest der Klasse gerechter, wenn sie durch Unruhe oder gestresste Lehrerinnen oder Lehrer belastet sind und niemand auf seine Kosten kommt? Wir sind inzwischen so weit, dass Eltern, die genug Mittel haben, ihre Kinder in eine Privatschule schicken, weil sie die Zustände in der Regelklasse für ihre Kinder nicht mehr wollen. Ich glaube nicht, dass das gerechter ist. Wir wollen mit den Förderklassen nicht die Integration abschaffen. Wir möchten sie stützen und das System entlasten. Wir möchten Kinder nicht hin- und herschieben wie mit den Lerninseln. Wir möchten durchlässige Förderklassen, in denen Kinder eine stabile Lernbeziehung aufbauen können, stabile Gruppen haben und auf ihre Kosten kommen. Sie sollen so gefördert werden, wie es ihren Bedürfnissen entspricht. Die Klassen werden dadurch entlastet.*

Dr. Tamara Bosshardt (SP): *Ja, die Lehrpersonen müssen entlastet werden. Sie haben einen enorm anspruchsvollen Job und arbeiten regelmässig zu viel. Nicht, weil sie ihre Arbeit schlecht einteilen würden, sondern weil sich der neu definierte Berufsauftrag bis heute zu wenig an den realen Arbeitsaufwänden von Lehrpersonen orientiert. Deshalb reduzieren viele Lehrpersonen ihr Pensum, was den Lehrpersonenmangel verschärft. Ja, die integrative Schule bringt Herausforderungen mit sich. Diese sind aber überall unterschiedlich. Damit die Schulen sinnvoll auf diese Herausforderungen reagieren können, macht es keinen Sinn, Ressourcen der integrierenden Sonderschulung zu kürzen und für ein veraltetes Konzept einzusetzen. Die Bildung von Förderklassen ist kein Schritt vorwärts, sondern rückwärts. Was die Chancengerechtigkeit erhöht und was nicht, ist auch keine Gefühlsfrage, sondern eine empirische Frage. Ich habe es bereits gesagt: Die aktuelle Forschung zeigt, dass Förderklassen für die betroffenen Schüler*innen keine gute Lösung sind. Auch die Lehrpersonen wollen das nicht. Anstatt Förderklassen brauchen wir mehr und flexiblere Ressourcen, um die integrativen Massnahmen zu stärken. Deshalb haben wir vorher das Postulat GR Nr. 2024/540 überwiesen.*

S. 406	50 5010 3010 00 000	SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT Schulamt Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
083.	Antrag Stadtrat				318 187 600	Mehrheit
						Leah Heuri (SP) Referat, Präsidium Sven Sobernheim (GLP), Dr. Florian Blättler (SP), Tanja Maag (AL), Felix Moser (Grüne), Florian Utz (SP), Barbara Wiesmann (SP)
			1 000 000		317 187 600	Minderheit
						Pärparim Avdili (FDP) Referat, Vizepräsidium Martin Bürki (FDP), Johann Widmer (SVP)
						Enthaltung
						Markus Haselbach (Die Mitte)
		Begründung:	Integrierte Sonderschulung in der Verantwortung der Regelschule (ISR): Kürzung der 15,2 Stellenwerte ISR um 50 %. Mit Förderklassen sind weniger ISR-Ressourcen nötig.			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 83 gegen 35 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 084.

Wortmeldungen siehe Antrag 083.

S. 406	50 5010 3010 00 000	SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT Schulamt Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
084.	Antrag Stadtrat				318 187 600	Mehrheit
						Leah Heuri (SP) Referat, Präsidium Sven Sobernheim (GLP), Dr. Florian Blättler (SP), Tanja Maag (AL), Felix Moser (Grüne), Florian Utz (SP), Barbara Wiesmann (SP)
			5 250 000		312 937 600	Minderheit
						Pärparim Avdili (FDP) Referat, Vizepräsidium Martin Bürki (FDP), Johann Widmer (SVP)
						Enthaltung
						Markus Haselbach (Die Mitte)
		Begründung:	Kürzung Löhne Verwaltungs- und Betriebspersonal um 50 % weniger ISR-Betreuungspersonal; Budgetneutral: Weniger ISR-Betreuungspersonal in den Regelklassen notwendig. Dafür kommunales Lehrpersonal um Fr. 5 250 000 erhöhen, um dafür mehr Personal in der schulischen Heilpädagogik für die Förderklassen zu haben.			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 84 gegen 34 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 085.

Wortmeldungen siehe Antrag 083.

S. 406	50 5010 3010 00 000	SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT Schulamt Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
085.	Antrag Stadtrat				318 187 600	Mehrheit
			3 400 000		314 787 600	Minderheit
						Enthaltung
		Begründung:	Kürzung Löhne Verwaltungs- und Betriebspersonal um 50 % weniger ISR-Klassenassistenzen; Budgetneutral: Weniger ISR-Klassenassistenzen in den Regelklassen notwendig. Dafür kommunales Lehrpersonal um Fr. 3 400 000 erhöhen, um dafür mehr Personal in der schulischen Heilpädagogik für die Förderklassen zu haben.			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 84 gegen 34 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 086.

Wortmeldungen siehe Antrag 083.

S. 406	50 5010 3020 00 000	SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT Schulamt Löhne der Lehrpersonen				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
086.	Antrag Stadtrat				102 035 500	Mehrheit
				8 650 000	110 685 500	Minderheit
						Enthaltung
		Begründung:	Umwandlung der Ressourcen aus Assistenzen ISR in Personal für die schulische Heilpädagogik für Förderklassen			

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Minderheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 84 gegen 35 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 087.

Wortmeldungen siehe Antrag 083.

S. 408	50	SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT				
	5010	Schulamt				
	3130 00 000	Dienstleistungen Dritter				
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
087.	Antrag Stadtrat			36 253 400	Mehrheit	Leah Heuri (SP) Referat, Präsidium Sven Sobernheim (GLP), Dr. Florian Blättler (SP), Tanja Maag (AL), Felix Moser (Grüne), Florian Utz (SP), Barbara Wiesmann (SP)
		2 500 000		33 753 400	Minderheit	Pärparim Avdili (FDP) Referat, Vizepräsidium Martin Bürki (FDP), Johann Widmer (SVP)
					Enthaltung	Markus Haselbach (Die Mitte)
		Begründung:	Kürzung Schulfahrten durch Dritte um 50 %, weil dadurch weniger Schulfahrten an externe Sonderschulen mit Förderklassen notwendig sind, da Förderklassen im gleichen Schulhaus sind			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 84 gegen 35 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 088.

Wortmeldungen siehe Antrag 083.

S. 408	50	SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT				
	5010	Schulamt				
	3130 00 000	Dienstleistungen Dritter				
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
088.	Antrag Stadtrat			36 253 400	Mehrheit	Leah Heuri (SP) Referat, Präsidium Sven Sobernheim (GLP), Dr. Florian Blättler (SP), Tanja Maag (AL), Felix Moser (Grüne), Florian Utz (SP), Barbara Wiesmann (SP)
		70 000		36 183 400	Minderheit	Pärparim Avdili (FDP) Referat, Vizepräsidium Martin Bürki (FDP), Johann Widmer (SVP)
					Enthaltung	Markus Haselbach (Die Mitte)
		Begründung:	Kürzung Schulfahrten ÖV um 50 %, weil weniger Schulfahrten ÖV, da Förderklassen im gleichen Schulhaus sind			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 85 gegen 35 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 089.

Wortmeldungen siehe Antrag 083.

S. 409	50	SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT				
	5010	Schulamt				
	3611 00 000	Entschädigungen an Kantone und Konkordate				
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
089.	Antrag Stadtrat			368 165 000 17 005 000 N	Mehrheit	Leah Heuri (SP) Referat, Präsidium Sven Sobernheim (GLP), Dr. Florian Blättler (SP), Tanja Maag (AL), Felix Moser (Grüne), Florian Utz (SP), Barbara Wiesmann (SP)
		17 500 000		367 670 000	Minderheit	Përparim Avdili (FDP) Referat, Vizepräsidium Martin Bürki (FDP), Johann Widmer (SVP)
					Enthaltung	Markus Haselbach (Die Mitte)
		Begründung:	Mit Förderklassen gibt es nicht mehr so viele Kinder in Sonderschulen, da sehr verhaltensauffällige Kinder nicht mehr an externe Sonderschulen geschickt werden müssen.			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 85 gegen 35 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

4096. 2024/558
Postulat von Yasmine Bourgeois (FDP), Përparim Avdili (FDP) und Isabel Garcia (FDP) vom 04.12.2024:
Verwendung der Hälfte der Ressourcen für die Settings der Integrierten Sonderschulung (ISR) und die externe Sonderschulung für die Bildung von Förderklassen

Der Ratspräsident beantragt, das Postulat gemäss Art. 136 Abs. 1 GeschO GR sofort als Budgetantrag Nr. 090. zu behandeln.

Der Rat stimmt dem Antrag des Ratspräsidenten stillschweigend zu.

Wortmeldungen siehe GR Nr. 2024/421, Beschluss-Nr. 4074/2024, Antrag Nr. 083.

Yasmine Bourgeois (FDP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 4048/2024).

Dr. Balz Bürgisser (Grüne) stellt namens der Grüne-Fraktion den Ablehnungsantrag und begründet diesen.

Das Postulat wird mit 42 gegen 77 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

Antrag 091.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Sophie Blaser (AL): *Es gibt auf kantonaler Ebene die Verordnung über die sonderpädagogischen Massnahmen, die das Angebot Deutsch als Zweitsprache (DaZ) regelt. In Artikel 14 Absatz 1 ist der Umfang des Angebots für anspruchsberechtigte Schüler*innen geregelt. Ob wir als Stadt unserem Auftrag nachkommen und den Kindern mit Anspruch tatsächlich DaZ in diesem Umfang zur Verfügung stellen, wissen wir nicht. Bisher wurde alle drei Jahre eine stadtweite Erhebung durchgeführt, wobei die einzelnen Schulkreise jährlich überprüfen mussten, ob sie die Verordnung einhalten. In Artikel 14 Absatz 2 der Verordnung geht es um die Berechnung der Ressourcen, die die Schulpflege für die Umsetzung von Absatz 1 einsetzen muss. Der Kanton nennt eine Bandbreite von 0,5 bis 0,75 Wochenlektionen für anspruchsberechtigte Schüler*innen in der Kindergartenstufe und dieselbe Bandbreite für den Aufbauunterricht ab der 1. Klasse bis Ende der Volksschule. Die Stadt Zürich budgetierte bis anhin mit dem Minimum von 0,5 Wochenlektionen. Wir haben sehr detaillierte Fragen gestellt, auch weil wir teils widersprüchliche Antworten von der Verwaltung erhielten. Die Beträge werden aufgrund der letzten Erhebung und dem Schüler*innenwachstum berechnet. Auf die Frage, wie viele Schüler*innen in den Schuljahren 2023/24, 2024/25 und 2025/26 einen Anspruch auf DaZ haben, erhielten wir Zahlen für das vergangene Schuljahr 2023/24 und das zukünftige Schuljahr 2025/26. Für das aktuelle Schuljahr konnte man uns keine Zahlen liefern, mit der Begründung, dass unterschiedliche Erhebungen massgeblich seien. DaZ ist ein grundlegendes und wichtiges Angebot, damit sich Kinder mit nicht-deutscher Erstsprache in unseren Schulen selbstwirksam erleben und möglichst schnell dem Unterricht folgen können. Der Bedarf wird durch einen Test erhoben und nur Kinder, die Bedarf haben, erhalten DaZ. Das Ziel des DaZ-Unterrichts ist somit, sich selbst abzuschaffen. Aber damit DaZ wirklich wirkt, braucht es Ressourcen. Es gibt in der Verordnung eine Bandbreite und diese sollten wir nutzen. Wenn die ZSP das DaZ-Konzept überarbeitet und effektive Massnahmen entwickelt, sind wir bereit, wieder über Ressourcen zu sprechen. Ausserdem braucht es dringend eine jährliche Erhebung. Solange Wildwuchs herrscht und der Kanton abwinkt und die Stadt Zürich als Sonderfall betrachtet, müssen wir als Gemeinde Verantwortung übernehmen. Wir beantragen, die Ressourcen auf der Kindergartenstufe wie für den Aufbauunterricht ab der 1. Klasse mit 0,75 Wochenlektionen zu berechnen.*

Johann Widmer (SVP): *Wir gehen mit dem Stadtrat, weil wir nicht der Meinung sind, dass sich die linken Kreisschulpflegen so verrechnet haben. Wir haben für einmal vollstes Vertrauen in die Kreisschulpflegen und dass sie die budgetierten Zahlen richtig ermittelt haben. Zudem sagte STR Filippo Leutenegger klar und mehrfach, dass er nicht so viel DaZ-Personal brauche. Aber im Gemeinderat werden jedes Jahr DaZ-Stellen oder Geld gefordert. Nützen tut es offensichtlich nicht genug, deshalb braucht es immer mehr Stellen. Das ist die linke Strategie. Alle diese Überlegungen führen dazu, dass wir mit dem Stadtrat stimmen und ihm das Vertrauen aussprechen, dass er richtig budgetiert und den gesetzlichen Anforderungen entsprechend Stellen hat.*

Weitere Wortmeldungen:

Isabel Garcia (FDP): *Die FDP wechselt von der Enthaltung in die Mehrheit. Erstens, weil die Anzahl der Schüler mit Deutsch als Zweitsprache auf allen Stufen wächst. Zweitens wissen wir aus Forschung und Praxis, dass es besser ist, je früher und intensiver sich die Kinder mit der Umgebungssprache auseinandersetzen und sie erlernen.*

Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP): Selbstverständlich ist es auch aus Sicht der GLP wichtig und entscheidend, dass der DaZ-Unterricht stattfindet. Er ist entscheidend, damit Schülerinnen und Schüler mit nicht-deutscher Erstsprache den Zugang zum regulären Schulunterricht finden. Es steht für uns ausser Diskussion, dass mit dem DaZ-Unterricht nicht nur Sprachkenntnisse gefördert werden, sondern auch die Integration unterstützt wird und Kinder mit Migrationshintergrund bessere Bildungschancen erhalten. Weil wir den DaZ-Unterricht als wertvoll erachten, haben wir die Motion GR Nr. 2023/260 im Januar 2024 als Postulat unterstützt. Wir waren der Meinung, das Anliegen sei nicht moti- nabel, aber der Rat entschied anders und überwies die Motion. Er gab dem Stadtrat den Auftrag, eine kreditschaffende Weisung zu erarbeiten, die 0,75 DaZ-Wochenlektionen für anspruchsberechtigte Kinder im Kindergarten und 0,6 DaZ-Wochenlektionen für Kin- der in der Primar- und Sekundarschule sicherstellt. Heute – kein Jahr später – fordern Sie, entgegen der eigenen Anweisungen an den Stadtrat, mit einem Budgetantrag 0,75 Wochenlektionen für alle. Das finden wir seltsam. Trotzdem haben wir uns damit auseinandergesetzt und uns gefragt, welche konkreten Gründe uns nach der Aufsto- ckung um 15 Stellen vor einem Jahr dazu bewegen könnten, dem Antrag zu folgen. Wir haben uns insbesondere die Frage gestellt, ob mehr DaZ-Wochenlektionen die schuli- sche und soziale Entwicklung von Schülerinnen und Schülern tatsächlich verbessern, weil man sie noch stärker in einen separaten Unterricht schickt. Natürlich sollen sie die Sprache lernen, aber sie sollen auch am Regelunterricht teilnehmen können. Anstatt die Bandbreite an Wochenlektionen hinaufzusetzen, könnte man andere Dinge diskutieren: zum Beispiel, ob es genügend Anknüpfungspunkte zwischen dem Inhalt im DaZ-Unter- richt und jenem im Regelunterricht gibt. Die GLP geht deshalb mit dem Stadtrat. Das ist kein Zeichen gegen den DaZ-Unterricht. Aber wir finden die widersprüchlichen Signale aus dem Rat problematisch und fragen uns generell, ob das die richtige Lösung ist.

Selina Walgis (Grüne): Im Januar wurde die Motion GR Nr. 2023/260 erfolgreich über- wiesen. Diese hat ebenfalls eine Anpassung des Berechnungsschlüssels für den DaZ- Unterricht und somit mehr DaZ-Lektionen gefordert. Das ist dringend notwendig, weil ak- tuell zahlreiche Schüler*innen mit Anspruch auf DaZ-Unterricht nicht auf ihre Kosten kommen. Das kantonale Minimum von zwei Lektionen, das man im Aufbauunterricht zu- gute hat, wird nicht eingehalten. Es geht nicht darum, den DaZ-Unterricht effizienter zu gestalten, damit irgendwann weniger DaZ-Unterricht gebraucht wird. Es geht darum, dass ein vorgeschriebenes Minimum des Kantons eingehalten wird. Heruntergebrochen auf das einzelne Kind wird das momentan nicht gemacht. In diese Richtung ging bereits unsere Motion. Wir fanden heraus, dass es nicht genügt, wenn wir jedes Jahr im Budget zehn zusätzliche Stellen fordern. Es braucht eine Anpassung des Berechnungsschlüs- sels, damit genügend Ressourcen bei den einzelnen Kindern landen. Als DaZ-Lehrper- son sehe ich, dass der DaZ-Unterricht für den Lernerfolg der Kinder wichtig ist. Er nimmt Themen der Regelklasse auf, damit die Kinder dem Unterricht besser folgen können und mehr Lernerfolge haben. Das ist für die Chancengerechtigkeit wichtig. Deshalb kämpfen die Grünen seit Jahren für mehr DaZ-Lektionen. Wir freuen uns, dass die AL den Antrag gestellt und sogar mehr als unsere Motion gefordert hat. Das widerspricht sich nicht, es ist einfach mehr. Uns ist wichtig, dass vor allem auf Stufe Kindergarten genau hinge- schaut wird. Dort kommen aktuell 40 Prozent der Schüler*innen mit DaZ-Bedarf nicht auf ihre Kosten. Ich freue mich, dass auch die FDP sieht, dass wir kantonale Vorgaben einhalten müssen und eine Forderung mitträgt, die über unsere Motion hinausgeht.

Stefan Urech (SVP): Ihr möchtet Schüler aus dem Regelunterricht rausnehmen und se- parat unterrichten. Ich habe gemeint, das sei stigmatisierend und befremdend. 20 Atem- züge später ist es die allheilbringende Lösung, Schüler aus dem Regelunterricht zu neh- men und individuell zu fördern. Meine Vorrednerin ist DaZ-Lehrerin. Seit sie im Gemein- derat politisiert, hagelt es DaZ-Vorstösse. Jedes Jahr reichte sie einen Vorstoss ein, ausser im Jahr 2021 – dafür waren es im Jahr 2020 drei. Ich finde DaZ nicht schlecht,

im Gegenteil: Deutsch ist der Schlüssel zum Erfolg in der Volksschule. Es kommt aber nicht auf die Anzahl Stunden an, sondern darauf, wie viel intrinsische Motivation ein Kind mitbringt. Meine DaZ-Schüler waren erfolgreich, wenn sie die Werkzeuge und Mittel aus den DaZ-Lektionen zuhause angewendet und zum Beispiel ihr Handy und den Fernseher auf Deutsch umgestellt haben. Man kann bei der Berechnung des Stadtrats bleiben und die vielen Mittel der Digitalisierung wie Duolingo oder YouTube nutzen.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements Stellung.

STR Filippo Leutenegger: *Dass es DaZ-Unterricht braucht, ist unbestritten. Es braucht ihn vor allem im Kindergarten und in der Unterstufe. Dort müssen wir unsere Bemühungen noch intensivieren. Wir haben vom Parlament einen Auftrag erhalten, den wir versuchen umzusetzen. Das ist aber nicht von heute auf morgen möglich. Dafür ist die ZSP die geeignete Instanz. Wir sind daran und werden das Thema im Herbst 2025 noch einmal intensiv studieren. Der Auftrag ist klar. Das Problem ist: Die Wirksamkeit des DaZ-Unterrichts nimmt mit zunehmendem Alter ab. Nicht bei allen. Jene, die neu kommen, brauchen DaZ. Aber in einer Sek ist die Wirksamkeit tiefer, wenn ein Kind schon viele Jahre DaZ-Unterricht hatte. Deshalb kann man die Norm nicht einfach auf 0,75 Wochenlektionen verteilen. Es muss differenziert werden. Das tun wir. Aber ihr überholt euch jetzt links oder rechts mit einem neuen Antrag, der am Schluss nicht wahnsinnig viel bringt. Es handelt sich um so viele Stellen, die zuerst implementiert werden müssen. Ich finde es immer problematisch, wenn der Gemeinderat eine Behörde wie die ZSP, die sich jeden Tag um schulische Belange kümmert, ohne triftige Argumentation übersteuert. Das finde ich bedauerlich und es ist manchmal auch eine Ohrfeige ins Gesicht jener Personen, die das sehr professionell machen. Aber das Parlament hat natürlich die Freiheit, Forderungen zu stellen. Es gibt auch keine Widersprüche. Es geht um mehr Tempo in einer Situation, in der wir bereits analysieren und den Auftrag ernst nehmen. Wir können nicht jedes Jahr einen neuen Auftrag für dasselbe entgegennehmen.*

S. 406	50	SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT			
	5010	Schulamt			
	3020 00 000	Löhne der Lehrpersonen			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
091.	Antrag Stadtrat			102 035 500	Minderheit
			3 700 000	105 735 500	Mehrheit
					Enthaltung
		Begründung: Der Schlüssel DAZ-Bedarf (Deutsch als Zweitsprache) soll auf der Kindergartenstufe wie auch beim Aufbauunterricht auf Primar- und Sekundarstufe (1. bis 9. Klasse) auf 0,75 Wochenlektionen (von bisher 0,5 Wochenlektionen) pro anspruchsberechtigte*r Schüler*in angepasst werden.			

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 83 gegen 34 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 092.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Dr. Balz Bürgisser (Grüne): Bei diesem Antrag geht es um die kulturelle Bildung der Schülerinnen und Schüler in der städtischen Volksschule. Die Fachstelle für Schulkultur im Schul- und Sportdepartement ermöglicht Schulklassen den unentgeltlichen Besuch kultureller Institutionen wie Museen, des Schauspielhauses oder der Tonhalle. Diese Kulturinstitutionen sind für Kinder und Jugendliche motivierende ausserschulische Lernorte. Sie in den Unterricht einzubeziehen, ist sehr sinnvoll. Leider genügt das Geld der Fachstelle nicht, um allen Schulklassen, die Bedarf anmelden, den Kulturbesuch zu ermöglichen. Ich nehme als Beispiel den Besuch von Schulklassen in Museen wie dem Kulturama. Da reicht das finanzielle Kontingent der Fachstelle jeweils nur bis Mitte Oktober. Ab dann muss die Schulleitung einspringen und den Museumsbesuch aus dem Globalkredit der Schule bezahlen, wenn noch genug vorhanden ist. Diese Situation ist unbefriedigend. Im Jahr 2022 standen der Fachstelle für Schulkultur 1,825 Millionen Franken zur Verfügung. Im Budget 2025 sind 1,845 Millionen Franken vorgesehen. Das entspricht einer Erhöhung um 1,1 Prozent. Die Anzahl Schülerinnen und Schüler auf der Primar- und Sekundarstufe in der Stadt Zürich wuchs in diesem Zeitintervall um 6,5 Prozent. Aus diesen Fakten folgt, dass die Erhöhung des Budgets gerechtfertigt ist.

Johann Widmer (SVP): Wir gehen mit dem Stadtrat, der dies richtig berechnet hat.

Weitere Wortmeldungen:

Sven Sobernheim (GLP): Die GLP war in einer technischen Enthaltung, weil wir diese Infos in der ganzen Flut von Antworten und Fragen nicht fanden. Der Stadtrat sagte aber, dass eine Erhöhung um ein Drittel sinnvoll sei. Darum unterstützen wir den Antrag.

Yasmine Bourgeois (FDP): Wir sehen, dass Museumsbesuche spannend und eine Abwechslung zum Unterricht sind. Wir brauchen aber bei der städtischen Fachstelle Schulkultur nicht mehr Mittel. Auch die Schulen brauchen nicht noch mehr Mittel. Über Globalkredite kann jede Schule flexibel verfügen. Diese sind grosszügig bemessen, sodass keine Stadtzürcher Schule auf Museumsbesuche verzichten muss. Auch dann nicht, wenn die Gratiskontingente aufgebraucht sind. Häufig werden aus den Globalkrediten Ende Jahr noch Einkäufe getätigt, damit man der Stadt kein Geld zurückgeben muss.

S. 409	50 5010 3171 00 000	SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT Schulamt Exkursionen, Schulreisen und Lager			
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag
					Stimmen
092.	Antrag Stadtrat			6 548 400	Minderheit Johann Widmer (SVP) Referat, Vizepräsidium Martin Bürki (FDP), Përparim Avdili (FDP), Markus Haselbach (Die Mitte)

100 000	6 648 400	Mehrheit	Felix Moser (Grüne) Referat, Dr. Florian Blättler (SP), Leah Heuri (SP), Tanja Maag (AL), Florian Utz (SP), Barbara Wiesmann (SP)
		Enthaltung	Präsidium Sven Sobernheim (GLP)
Begründung:	Erhöhung des Budgets der Fachstelle für Schulkultur, damit genügend Mittel zur Verfügung stehen, um Museumsbesuche für Schulklassen bis zum Ende des Kalenderjahres zu ermöglichen		

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 76 gegen 43 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 093.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Leah Heuri (SP): *Die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen spielt eine wichtige Rolle für ihre gesamte Entwicklung und ihr Wohlbefinden. Angesichts der vielen Herausforderungen, denen junge Menschen heutzutage gegenüberstehen, ist es besonders wichtig, ihnen frühzeitig Unterstützung und Ressourcen anzubieten. Der Schulpsychologische Dienst (SPD) bietet wichtige Angebote dazu an. Wir haben beim Budget verschiedene Fragen zu Kennzahlen eingereicht, um die Entwicklung zu sehen. Die Fallzahlen des SPD steigen weiterhin von Jahr zu Jahr an; besonders im Schulkreis Schwamendingen, wo die Fallzahlen in diesem Schuljahr im Vergleich zum Vorjahr um 10 Prozent gestiegen sind. Zudem verschlechtert sich die Entwicklung der Wartezeiten. Im Schuljahr 2021/22 mussten 10 Prozent länger als 60 Tage warten und 6 Prozent länger als 90 Tage. In diesem Schuljahr mussten 16 Prozent länger als 60 Tage warten und 10 Prozent länger als 90 Tage. Speziell beunruhigt mich die Entwicklung im Schulkreis Schwamendingen, wo im Schuljahr 2021/22 12 Prozent über 90 Tage warten mussten und in diesem Schuljahr 22 Prozent. Das entspricht einer Zunahme um 10 Prozentpunkte oder fast einer Verdopplung. Nächstes Jahr werden nur 0,35 Stellenprozente beim SPD geschaffen, davon 0,1 Prozent für Schwamendingen. Zudem ist in den folgenden drei Jahren keine Erhöhung für Schwamendingen geplant. Aus den Antworten des SPD geht hervor, dass sie den Stellenetat laufend den Fallentwicklungen anpassen, die Besetzungen der Stellen schrittweise erfolgen und dies zu einer Verzögerung der Wartezeiten führen kann. Ebenso ergreifen sie Massnahmen wie optimierende Prozesse, Einsätze von Springer*innen sowie stärkere Präventionsmassnahmen, um die Wartezeiten zu verringern. Das finde ich sehr gut. Dennoch ist es mir wichtig, dass eine zusätzliche Stelle geschaffen und dem SPD genug Budget gegeben wird – insbesondere für Schwamendingen, um dort genug Kapazitäten bereitzustellen.*

Johann Widmer (SVP): *Wir sehen wie der Stadtrat keinen Grund, weshalb man den SPD aufblähen sollte. Solange sie über jeden Schüler ein Dossier anfertigen können, mit dem sie der Sozial- und Schulindustrie aufzeigen, wie man die Fälle behandeln muss, braucht es nicht noch mehr Leute. Schüler werden zu Cases degradiert, für die danach alle möglichen Dinge durch die Lehrer koordiniert werden müssen. Die Psycho-*

logisierung der Schüler bringt nichts. Wenn das wegfallen würde, hätten die Psychologen genug Zeit für jene Fälle, bei denen eine psychologische Behandlung tatsächlich nötig ist. Wenn ihr die vorhandenen Ressourcen besser einteilt, braucht es keine neuen.

Weitere Wortmeldung:

Yasmine Bourgeois (FDP): *Ja, die Wartezeiten beim SPD sind lang und wir haben zu wenig Personal für die vielen Abklärungen, die gemacht werden sollen. Das ist aber so, weil man möglichst viele Fälle der integrierten Sonderschule in Verantwortung der Regelschule (ISR) möchte. Man möchte möglichst viele Kinder, bei denen es im Regelunterricht nicht so gut klappt, abklären lassen, damit sie einen ISR-Status und die Schulen dadurch mehr Ressourcen erhalten. Einmal mehr schreit das integrative Schulsystem nach mehr Ressourcen. Leider haben wir dieses dysfunktionale System. Aber es gibt Fälle, die man wirklich abklären muss, darum stimmt die FDP zähneknirschend zu.*

S. 429	50	SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT				
	5050	Schulgesundheitsdienste				
	3010 00 000	Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
093.	Antrag Stadtrat			19 818 500	Minderheit	Johann Widmer (SVP) Referat, Markus Haselbach (Die Mitte)
			173 100	19 991 600	Mehrheit	Leah Heuri (SP) Referat, Präsidium Sven Sobernheim (GLP), Dr. Florian Blättler (SP), Tanja Maag (AL), Felix Moser (Grüne), Florian Utz (SP), Barbara Wiesmann (SP)
					Enthaltung	Vizepräsidium Martin Bürki (FDP), Pärparim Avdili (FDP)
		Begründung: Aufgrund der weiterhin gestiegenen Fallzahlen und langen Wartezeiten soll im Schulpsychologischen Dienst eine zusätzliche Stelle geschaffen werden; besonders für Schwamendingen.				

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 99 gegen 20 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Persönliche Erklärung:

Tanja Maag (AL) hält eine persönliche Erklärung zur fehlenden Stellungnahme des Vorstehers des Schul- und Sportdepartements insbesondere zu den Anträgen im Schulamt.

Die Sitzung wird beendet (Fortsetzung der Beratung siehe Sitzung Nr. 125, Beschluss-Nr. 4074/2024)

E i n g ä n g e

Am nachfolgenden Text werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

4097. 2024/581

Schriftliche Anfrage von Fanny de Weck (SP), Moritz Bögli (AL) und Severin Meier (SP) vom 12.12.2024:

Ersatzfreiheitsstrafen, Anzahl Verhaftungen zum Vollzug von Ersatzfreiheitsstrafen, durchschnittliche Gesamtkosten, Beurteilung des finanziellen Nutzens aus Bussgeldern gegenüber den Kosten der Verhaftung, durchschnittliche Dauer der Freiheitsstrafen, soziale und wirtschaftliche Situation der Betroffenen sowie Alternativen zu den Ersatzfreiheitsstrafen

Von Fanny de Weck (SP), Moritz Bögli (AL) und Severin Meier (SP) ist am 12. Dezember 2024 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Ersatzfreiheitsstrafen sind Freiheitsstrafen, welche bei einer nicht bezahlten Busse oder Geldstrafe verhängt werden. Sie betreffen häufig einkommensschwache Personen und werfen sowohl wirtschaftliche als auch soziale Fragen auf.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie viele Verhaftungen werden von der Stadtpolizei Zürich jährlich zum Vollzug von Ersatzfreiheitsstrafen vorgenommen? Wie viele Personen wurden verhaftet? Bitte um Zahlen für die letzten 5 Jahre und Auflistung nach der Anzahl der multiplen Verhaftung derselben Person.
2. Wie hoch sind die durchschnittlichen Gesamtkosten einer solchen Verhaftung für die Stadt? Dabei sollen die direkten und indirekten Kosten einberechnet werden, inklusive Personalkosten und Kosten von der Ausschreibung/Suche der Person bis zu ihrer Übergabe an kantonale Stellen.
Kostenrelevant kann allenfalls u.a. Folgendes sein: Fahndung oder Patrouille, Festnahme und Transport, Verbringung auf den Polizeiposten, Leibesvisitation und Effektenkontrolle, Sicherstellungen, Erstellung des Verhaftungsrapports, Prüfung der Haftfähigkeit, ärztliche Begutachtung, Geschäftseröffnung, Rapportierung und Befragung, Dolmetscher- oder Anwaltstätigkeit, Transport und Zuführung ins Gefängnis, Erfassung von Personalien, Kleiderwechsel, Zellenbezug, Essensausgabe, Übernachtung und Zuführung zur zuständigen Amtsstelle.
Falls nicht alle Daten vorliegen, so bitten wir um eine Kostenschätzung.
3. Gibt es eine umfassende Vollkostenrechnung, die die finanziellen Auswirkungen von Ersatzfreiheitsstrafen auf den städtischen Haushalt darstellt, welche Einnahmen aus Bussgeldern sowie die Kosten für den Vollzug berücksichtigen? Wie sieht diese aus?
4. Gemäss einer Studie aus dem Jahr 2019 ("Ersatzfreiheitsstrafen im Kanton Zürich", Schlussbericht von Kilius Research & Consulting) entfallen 75 Prozent der abgesehenen Bussenhaften im Kanton Zürich auf Bussen in der Höhe von 350 Franken oder weniger. Trifft dies auch auf die Stadt Zürich zu? Bitte um Auflistung der Verteilung der Höhe der Bussen.
5. Wie beurteilt der Stadtrat das finanzielle Nutzen der Einnahmen aus Bussgeldern gegenüber den Kosten der Verhaftung und Inhaftierungen von Personen wegen Ersatzfreiheitsstrafen?
6. Wie lange dauert eine Ersatzfreiheitsstrafe durchschnittlich?
7. Wie ist die soziale und wirtschaftliche Situation der Betroffenen in der Stadt Zürich, die Ersatzfreiheitsstrafen verbüssen? Kenn der Stadtrat Daten darüber, wie viele dieser Personen einkommensschwach oder von Armut betroffen sind?
8. Welche Massnahmen werden in der Stadt Zürich ergriffen, um Alternativen zu Ersatzfreiheitsstrafen zu fördern?
9. Welche zusätzlichen Möglichkeiten oder Konzepte sieht der Stadtrat, wie Personen, die aus finanziellen Gründen eine Ersatzfreiheitsstrafe antreten müssen, unterstützt werden können? Sieht er hier Handlungsbedarf?

Mitteilung an den Stadtrat

Kennntnisnahmen

Es liegen keine Kenntnismnahmen vor.

Nächste Sitzung: 12. Dezember 2024, 21.00 Uhr